

Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft 27 / 2020

EMOTION, SPRACHE, POLITIK

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2019
- MUSICA PRO PACE 2019
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und der Präsidentin der
Universität Osnabrück

V&R unipress

Wissenschaftlicher Rat der Osnabrücker Friedensgespräche 2019-2020

Prof. Dr. Martina Blasberg-Kuhnke, Kath. Theologie, Universität Osnabrück (Vorsitz)
Dr. Henning Buck, Univ. Osnabrück (Redaktion Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft)
Prof. Dr. Roland Czada, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück
Hans-Jürgen Fip, Oberbürgermeister a.D. (Ehrenmitglied)
Prof. i.R. Dr. Wulf Gaertner, Volkswirtschaftslehre, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Thomas Groß, Rechtswissenschaften, Universität Osnabrück
apl. Prof. Dr. Stefan Hanheide, Musikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Johannes Hirata, Volkswirtschaftslehre, Hochschule Osnabrück
Prof. Dr. Christoph König, Germanistik, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Andrea Lenschow, Sozialwissenschaften, Universität Osnabrück
Dr. Janina Majerczyk, Universität Osnabrück (Geschäftsführung Osnabrücker Friedensgespräche)
Prof. i.R. Dr. Reinhold Mokrosch, Evangelische Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Ulrich Schneckener, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. em. Dr. György Széll, Soziologie, Universität Osnabrück
Rea te Poel M.A., Universität Osnabrück (Mitarbeiterin der Geschäftsführung)
Prof. Dr. Chadi Touma, Biologie, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Albrecht Weber, Rechtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Siegrid Westphal, Geschichtswissenschaft, Universität Osnabrück (Stellv. Vorsitz)
Prof. i.R. Dr. Tilman Westphalen, Anglistik, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Rolf Wortmann, Politikwiss. und Public Management, Hochschule Osnabrück

Verantwortliche Redaktion: Dr. Henning Buck und Dr. Janina Majerczyk

Redaktionelle Mitarbeit: Dr. Henning Buck, Joachim Herrmann, Dr. Janina Majerczyk, Dr. Michael Pittwald, Rea te Poel, Jutta Tiemeyer

Bucheinband: Bruno Rothe / Tefvik Goektepe; Titelfoto: © Universität Osnabrück | Fabian - stock.adobe.com

Für freundliche Unterstützung der Osnabrücker Friedensgespräche 2019-2020 danken wir

- der Stadtwerke Osnabrück AG
- der Sievert-Stiftung für Wissenschaft und Kultur
- dem Förderkreis Osnabrücker Friedensgespräche e.V.

Redaktionsanschrift: Geschäftsstelle der Osnabrücker Friedensgespräche, Universität Osnabrück, Neuer Graben 29 / Schloss, D-49074 Osnabrück, Tel.: + 49 (0) 541 969 4208, E-Mail: ofg@uni-osnabrueck.de, Internet: www.friedensgespraeche.de

Die Deutsche Nationalbibliothek – Bibliografische Information: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://dnb.de> abrufbar.

1. Aufl. 2020

© 2020 Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Theaterstraße 13, D-37073 Göttingen, mit Universitätsverlag Osnabrück. Alle Rechte vorbehalten.

Printed in the EU: Hubert & Co. GmbH & Co. KG BuchPartner, Robert-Bosch-Breite 6, D-37079 Göttingen.

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

ISSN 0948-194X

ISBN 978-3-8471-1245-7

Inhalt

Vorwort	7
Editorial	9

I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2019

<i>Das Endspiel. »Game Over« für die EU?</i> Mit Hans-Peter Martin	17
---	----

<i>Die Ängste der Deutschen. Macht Angst Politik?</i> Mit Cem Özdemir, Thorsten Smidt, Ruth Wodak.	43
---	----

<i>Integration in der Stadt: Wie kann sie gelingen?</i> Mit Thomas Groß, Dirk Hilbert, Markus Lewe	65
---	----

<i>Die Zukunft Europas. Europa sieht Deutschland. Festvortrag zum Tag der Deutschen Einheit</i> Von Jean Asselborn	89
---	----

<i>Türkische Identitäten in Deutschland</i> Mit Peter Bandermann, Meltem Kulaçatan, Hacı-Halil Uslucan.	101
--	-----

<i>»Oma, was ist ein Schneemann?« – Diskussion zum Thema Klimagerechtigkeit</i> Mit Nele Falkenreck, Lukas Köhler, Michael Kopatz, Karla Oberwestberg... 121	
---	--

II. MUSICA PRO PACE – KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2019

Stefan Hanheide, Osnabrück <i>»Dieser Krieg ist nicht unser Krieg!« – Friedensrufe der Dreißiger Jahre. Chorwerke von Barber, Eisler, Vaughan Williams und anderen.</i>	155
--	-----

III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Nikola Kompa, Universität Osnabrück
*Die dunkle Seite der Sprache. Wie man mit Sprache verunglimpfen
und abwerten kann. Eine sprachphilosophische Betrachtung.* 173

György Széll, Universität Osnabrück
Hassbotschaften, das Internet und das Recht 187

Lucas von Ramin, Technische Universität Dresden
*Zum Verhältnis von Angst und Politik in Zeiten von Corona
Oder: Wie Angst zuweilen ein guter Ratgeber sein kann* 205

IV. ANHANG

Abbildungsnachweis 217

»Oma, was ist ein Schneemann?« – Diskussion zum Thema Klimagerechtigkeit

Podiumsveranstaltung in der Aula der Universität
am 19. November 2019

<i>Nele Falkenreck</i>	Klimabotschafterin, Ursulaschule Osnabrück
<i>Dr. Lukas Köhler MdB</i>	Klimapolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion
<i>Dr. Michael Kopatz</i>	Wuppertalinstitut für Klima, Umwelt, Energie
<i>Karla Oberwestberg</i>	Vertreterin der Bewegung Fridays for Fu- ture, Osnabrück
<i>Prof. Dr. Markus Große Ophoff</i>	Deutsche Bundesstiftung Umwelt – Gesprächsleitung

Markus Große Ophoff: »Oma, was ist ein Schneemann?« Eine spannende Frage. Werden wir Schneemänner in 50 oder 100 Jahren noch haben? Das eindrucksvollste Erlebnis, das ich mit Schneemännern hatte, war, als meine Tochter noch etwas jünger war und wir im Garten einen Schneemann gebaut hatten. Einer war mit diesem Schneemann überhaupt nicht einverstanden: Nämlich unser Hund. Der hat ihn fürchterlich angekläfft und wollte dieses Ungetüm aus dem Garten vertreiben. Ich glaube trotzdem, dass wir ganz froh wären, wenn wir Schneemänner weiterhin behalten und diese Frage in Zukunft auch weiterhin behandeln können.

Ich bitte Nele Falkenreck von der Ursulaschule auf die Bühne. Sie ist Klimabotschafterin für die Stadt Osnabrück. Sie arbeitet mit im Projekt »Plastiktüten-freies Osnabrück«. Osnabrück war eine der ersten Städte, in denen diese Initiative losging. Und es ging gerade an der Ursulaschule los. Nele Falkenreck ist 16 Jahre alt und aus der 11. Klasse der Ursulaschule.

Karla Oberwestberg ist ebenfalls 16 Jahre und in der 11. Klasse – nicht in derselben, aber in der Parallelklasse. Sie ist bei Fridays for Future aktiv.

Dann bitte ich Lukas Köhler auf die Bühne. Er ist klimapolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion. Bevor er MdB wurde, war er Geschäftsführer des Zentrums für Umweltethik und Umweltbildung, eines Projekts, das von der Deut-

schen Bundesstiftung Umwelt gefördert wurde. Er hat sich dort insbesondere beschäftigt mit dem interdisziplinären Dialog zwischen Philosophie, Ingenieurs-, Natur- und Sozialwissenschaften.

Als vierten Gast begrüße ich Michael Kopatz. Michael Kopatz arbeitet beim Wuppertalinstitut für Klima, Umwelt, Energie und ist dort Projektleiter für Energie-, Verkehrs- und Klimapolitik. Er ist ein Osnabrücker Kind, ist hier im Stadtrat Mitglied und im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt. Man kennt ihn vielleicht auch durch Bücher, die er geschrieben hat, wie »Ökoroutine: Damit wir tun, was wir für richtig halten«.

Wie sieht es aus mit dem Thema Klimawandel? Der heutige Tag kann ja kaum besser passen für ein solches Diskussionsthema. Es ist der Streiktag, an dem nach Angaben von Fridays for Future 630.000 Menschen in Deutschland auf den Straßen waren. In über 150 Staaten der Welt fanden Aktionen statt, die sich alle für mehr Klimaschutz einsetzen. Was haben wir beim Klimaschutz für einen Stand? Es geht um die Leitsubstanz Kohlendioxid. Da haben wir aktuell ca. 410 ppm in der Atmosphäre. Wir hatten einmal 280 ppm. Das geht immer weiter hoch. Die globale Temperatur ist momentan um 1 Grad gestiegen. Wir wollen sie möglichst auf 1,5 °C begrenzen. Man muss allerdings sagen, dass die globale Temperatur immer die Durchschnittstemperatur auf der ganzen Erde ist. Ozeane erwärmen sich langsamer, das Land etwas schneller. In Deutschland ist heute schon 1,5 °C Erderwärmung da. Was wir leider auch feststellen müssen, ist, dass wir bei dem Thema Erderwärmung da. Was wir leider auch feststellen müssen, ist, dass wir bei dem Thema CO₂-Reduktion global gesehen eigentlich noch gar nichts erreicht haben. Es gab das Kyoto-Protokoll, das viele von Ihnen vielleicht kennen. Das war das erste Klimaabkommen 1997. Damals hatten wir 25 Gigatonnen globale Emissionen. Jetzt haben wir über 37 Gigatonnen. Es gab – außer in einem Wirtschaftskrisenjahr – noch keine Senkung. Deutschland hat schon ein bisschen was geschafft. Wir haben eine Reduktion geschafft. Ehrlicherweise muss man da sagen: von einem sehr hohen Niveau. Um Schneemänner auf Dauer zu erhalten, müssten wir das reduzieren. Ehrlicherweise muss man aber auch dazu sagen, dass wir vermutlich auch in 100 Jahren noch kalte Winter haben, sodass es auch noch einen Schneemann gibt. Eine Folge jedoch, die man bereits bald erwarten kann, ist, dass wir im Sommer in der Arktis vielleicht kein Eis mehr über dem Nordpol haben. Das kann schon in ein paar Jahrzehnten der Fall sein. Wir können dann mit dem Schiff über den Nordpol fahren. Das wiederum hätte mehr Rückkopplungseffekte, weil die freigelegte Meeresoberfläche mehr Sonnenenergie aufnimmt.

Wir wollen uns heute aber im Wesentlichen mit den Fragen der Klimagerechtigkeit beschäftigen. Da haben wir drei Hauptthemen. Einmal die internationale Gerechtigkeit. Wie sieht es aus mit den Industrieländern, die in ihrer Geschichte das meiste an Erderwärmung da. Was wir leider auch feststellen müssen, ist, dass

wir bei dem Thema CO₂-Emissionen verursacht haben? Im Vergleich zum globalen Süden, zu Afrika und den asiatischen Ländern, die ganz wenig verursacht haben, die aber durch die geografische Lage noch viel stärker unter dem Klimawandel leiden werden als wir. Die zweite Frage, die wir haben, ist die nach der sozialen Gerechtigkeit. Wer leidet unter dem Klimawandel? Wer trägt die Kosten? Wie geht das? Wir wissen ohnehin in Deutschland, dass unter Umwelteinflüssen der ärmere Teil der Bevölkerung in der Regel mehr zu leiden hat. Weil er zum Beispiel näher an innerstädtischen Straßen wohnt als der reiche Teil der Bevölkerung, der vielleicht etwas mehr außerhalb wohnt und sich dort eine Wohnung leisten kann.

Es geht gleichzeitig auch um die Kostenverteilung. Und es geht natürlich auch um die Generationengerechtigkeit. Was verursache ich mit 58 Jahren und meinen historischen Emissionen? Ich komme vermutlich die nächsten 30 oder 40 Jahre, die ich hoffentlich noch lebe, ganz gut klar. Aber wir sitzen hier mit zwei Vertreterinnen der jungen Generation, die das als Zielprojektion genannte Jahr 2100 noch erleben könnten und die insofern von diesen Folgen des Klimawandels noch mehr erleiden können.

Damit möchte ich auch anfangen. Ich möchte die beiden Schülerinnen fragen, was aus ihrer Sicht getan werden müsste. Und wie stellen sie sich konsequenten Klimaschutz vor, damit die Probleme gelöst werden?

Nele Falkenreck: Meiner Meinung nach ist es wichtig, dass man nicht einfach sagt, dass wir einfach alles verbieten, was der Umwelt schadet. Es sollten nicht nur Verbote gemacht werden, sondern vernünftige Alternativen, die auch für alle realistisch und nicht zu teuer sind. Im Moment ist es so, dass hier in Osnabrück der öffentliche Nahverkehr nicht so gut klappt. Oder auch, dass Bio-Produkte viel, viel teurer sind. Wenn man sich so etwas nicht leisten kann, ist es natürlich auch schwierig, so etwas zu kaufen. Deswegen finde ich es wichtig, dass man vernünftige Alternativen bietet, die für jeden erreichbar sind.

Karla Oberwestberg: Meiner Meinung nach müsste man mit der Umsetzung erst einmal anfangen. Es wird viel geredet über Klimaschutz. Die Wissenschaft ist eigentlich schon sehr weit. Es gibt viele Fakten, die wir wissen. Doch es wird nicht angefangen, diese umzusetzen. Viele Menschen reden einfach nur und fangen nicht an, die Sachen in die Tat umzusetzen. Es fehlt an Ideen, wie man das Ganze umsetzen kann – und die müssen dringend her.

Markus Große Ophoff: Herr Köhler, gibt es die Ideen?

Lukas Köhler: Ja, klar. Ich würde den beiden zustimmen. Natürlich müssen wir Dinge jetzt umsetzen. Wir müssen vor allen Dingen jetzt dafür sorgen, dass wir einen glaubhaften Plan haben, wie wir mit den wissenschaftlichen Ergebnissen, die es gibt, umgehen. Ich glaube, das ist das, was fehlt. Ich würde auch nicht alles verbieten wollen. Wir müssen ein Verbot einführen, und das ist das Wichtigste: Wir müssen verbieten, dass wir mehr CO₂ ausstoßen als das Budget, das uns die Wissenschaft da vorgibt. Wir müssen ein Verbot dafür einführen, dass wir das Budget nicht überschreiten. Wenn wir das Verbot eingeführt und das Budget fest-



Lukas Köhler

gelegt haben, müssen wir darüber diskutieren, wie wir den Rest des Budgets verteilen. Man braucht einen Berechtigungsschein. Man muss eine Berechtigung haben, dass man CO₂ ausstoßen darf. Wenn ich diesen Schein habe, kann ich damit zwei Sachen machen. Entweder ich stoße weniger CO₂ aus. Dann bleibt er frei, und ich kann ihn verkaufen. Dann bildet sich ein Preis. Und zwar der Preis, der am effizientesten ist, um CO₂ zu reduzieren. Oder ich stoße CO₂ aus, weil ich nicht anders kann. Damit schaffe ich es genau, den kostengünstigsten Preis zu haben, um das umzusetzen. Wenn wir das eingeführt haben, haben wir immer noch nicht das Klima gerettet. Dann haben wir immer noch nicht alles geschafft. Dann müssen wir immer noch eine Menge machen. Wir wollen ehrlich sein. Ein CO₂-Preis und selbst das Verbot von CO₂ wird nicht dazu führen, dass wir eine Transformation haben.

Ein weiterer Punkt: Wir müssen aufhören, den Klimawandel nur als die größte Herausforderung anzusehen, die es gibt. Das ist er. Aber wir müssen anfangen, ihn auch als eine der größten Chancen zu sehen. Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit haben wir ein globales Problem, das nicht durch Kriege hervorgerufen ist. Das erste Mal in der Geschichte der Menschheit können und müssen wir gemeinsam für eine Lösung sorgen, die wir nur international erreichen können. Das erste Mal in der Geschichte der Menschheit müssen wir bewusst ein gesamtes System der Wirtschaft umstellen von fossilen Energieträgern, die uns billige Energie geliefert haben, hin zu nicht-fossilen Energieträgern wie Wasserstoff, synthetischen Kraftstoffen, hin zu erneuerbaren Energien, die wir weltweit nutzen müssen. Das ist eine Riesenaufgabe, die aber auch ziemlich gut ist. Es ist

cool, vor dieser Herausforderung zu stehen und darüber nachzudenken, wie man das hinkriegt. Das ist spannend, das muss man jetzt angehen, da müssen wir die Debatte führen.

Markus Große Ophoff: Herr Kopatz, wo sehen Sie die Schritte, um zum Erfolg zu kommen?

Michael Kopatz: Bei der FDP weiß man nie. Hier in Osnabrück gibt es auch ein paar Liberale, die mit uns gemeinsam kämpfen, um die Autos aus der Stadt herauszukriegen und für Busbeschleunigung. Ich finde es gut, dass Herr Köhler das hier so gesagt hat. Aus meiner Einschätzung ist er wirklich liberal. Es ist wirklich liberal, die Freiheitsrechte der zukünftigen Generation, also Artikel 2 des Grundgesetzes, wirklich ernst zu nehmen. Deswegen müsste die FDP die Partei der radikalen Umweltpolitiker sein. Und vielleicht ist so einer ja jetzt hier an meiner Seite.

Herr Köhler ist mit den Preisen gleich auf mein Leib- und Magenthema gekommen. Einen Aspekt möchte ich erwähnen. Wenn man über Preise steuert – wie bekommt man die Menschen dazu? Einig sind wir uns in der Sache, dass es nicht reicht, an die Menschen moralisch zu appellieren. 20 bis 30 Jahre haben wir versucht, die Menschen zu überzeugen durch Bildungsarbeit und Informationskampagnen. Es gibt Betroffenheitsdokumentationen im Kino. Die Leute wissen Bescheid. Bewirkt hat es auch, dass die Leute jetzt mit schlechtem Gewissen fliegen. Manche fahren mit schlechtem Gewissen Auto. Und manche kaufen mit schlechtem Gewissen das Billigfleisch. Aber substanzuell hat sich kaum etwas geändert. Alles wird größer, komfortabler, luxuriöser aus vielen Gründen, die ich hier nicht auseinandernehmen kann. Es geht darum, dass sich die Verhältnisse ändern müssen. Das verändert das Verhalten.

Wofür ich kämpfe und plädiere mit dem Konzept der Ökoroutine, ist, dass ich nicht die Köpfe der Leute verändere, sondern die Produkte, die ich im Laden verkaufe. Ich versuche nicht, den Kunden mit Informations- oder Kampagnenarbeit zu beeinflussen, was er für ein Auto kauft. Nämlich ein klimafreundliches. Wir sehen ja, dass die Leute es doch nicht tun. Wir haben 3 Millionen SUV, aber nur 15.000 Förster. Ich möchte dafür sorgen, dass die Autos, die verkauft werden, Schritt für Schritt klimaneutraler werden. Dann – und da schließt sich der Kreis – brauche ich gar nicht mehr über die Preise zu steuern, da es ab dem Jahr 2030 oder 2035 nur noch emissionsfreie Fahrzeuge gäbe.

Markus Große Ophoff: Bei einer Sache möchte ich nachhaken. Nämlich bei diesem internationalen Aspekt. Gestern kam in der Tagesschau eine Meldung über eine Bundestagsgeneraldebatte, wo unter anderem auch kurz Klimaschutz angesprochen wurde. Leider nur von einer Fraktion. Da wurde die Frage gestellt, was

es ändern würde, wenn wir etwas tun, da Deutschland nur 2% der Emissionen hätte. Auf der anderen Seite habe ich heute einen schönen Tweet gelesen von dem bekannten Umweltjournalisten Christian Schwägerl. Der hat gesagt, dass er lange die internationalen Verhandlungen beobachtet hat. Und da hatte er den Eindruck, dass 100 Leute im Kreis gestanden haben und alle haben gesagt, sie wären nur für 1% verantwortlich – und wer fängt jetzt an? Wie kommen wir international weiter, und wie kriegen wir das in die Koordinierung?

Lukas Köhler: Es gibt drei wichtige Aspekte in internationalen Fragen. Zum einen ist das die Verantwortung Deutschlands. Da beißt die Maus keinen Faden ab. Wir sind mit einem historischen Rucksack versehen. Wir haben unser Wirtschaftswachstum, unseren Wohlstand darauf aufgebaut, dass wir billige Energie nutzen konnten. Eine Zeit lang unbewusst, da wir nicht wussten, welche Schäden wir damit anrichten. Eine Zeit lang bewusst, weil es nicht anders ging. Das ist auch okay. Ich bin kein Fan von dieser ganzen Schamdebatte. Ich finde nicht, dass die Leute sich schämen müssen. Ich finde aber, sie müssen die Konsequenzen daraus ziehen. Das heißt, wir haben natürlich die Aufgabe, das zu verändern. Ich glaube, dass wir in der Welt nichts verändern werden, wenn wir unseren Klimawandel auf eine Reduktion von Wirtschaftswachstum und Verzicht aufbauen. Das Problem ist doch, dass die Leute in China, die Leute in Afrika, gerade in Subsahara-Afrika, nicht sagen, dass es super ist, wenn Deutschland seine Wirtschaftskraft reduziert, und somit werden auch wir keine weitere mehr haben. Dann sagen die, da machen wir nicht mit, dann ist uns Klimawandel egal, und wir bauen weiter Kohlekraftwerke.

Das ist der falsche Ansatz. Wir müssen zeigen, dass wir Wirtschaftlichkeit und CO₂-Ausstoß voneinander entkoppeln und es hinbekommen, auf der einen Seite Wirtschaftswachstum zu bekommen mit den richtigen Produkten, Treibstoffen und Trägerstoffen und auf der anderen Seite kein CO₂ mehr auszustoßen.

Punkt zwei ist, dass wir auf internationaler Ebene riesige Verhandlungen haben. Am Montag fängt die Conference of Paris an, bei der das Pariser Abkommen weiterentwickelt werden soll. Wir spielen als Deutschland und vor allen Dingen als Europa, ich finde die europäische Ebene extrem wichtig, eine extrem wichtige Rolle. Da geht es zum einen um die Frage, wie wir die internationalen Regeln für den Klimaschutz gestalten. Es ist wichtig, dass wir transparent sind. Auf der anderen Seite geht es um die Frage des sogenannten loss and damages. Das heißt, wie schaffen wir es, den Ländern der Welt, die jetzt unter dem Klimawandel leiden werden, die least developed countries, finanziell unter die Arme zu greifen? Wie beispielsweise Palau, das mit seinen knapp 20.000 Einwohnern keinen CO₂-Ausstoß, aber jetzt schon versalzene Trinkwasserquellen hat. Da haben Deutschland und Europa eine wichtige Funktion und Rolle, die wir auch ernst nehmen und umsetzen müssen.

Michael Kopatz: Ich möchte einen Aspekt ergänzen. Die Bundesbürger emittieren im Schnitt 10 Tonnen CO₂. Jeder von uns, der hier im Raum sitzt. Bei einem Flug nach Neuseeland ist man schon bei 17 Tonnen. Und wenn man sehr effizient ist, besonders sparsam, kein Fleisch isst, nur regionale Produkte kauft, kein eigenes Auto hat, kommt man vielleicht auf 5,5 bis 6,5 Tonnen. Das Ziel sind ungefähr 1,5 bis 2,0 Tonnen. Da sollen wir hin. Und dieses Ziel gilt nicht nur für uns, sondern auch für die Chinesen, die Luxemburger, die Amerikaner. Die Chinesen sind gerade bei 7,5 oder 8,0 Tonnen gewesen und müssen auch reduzieren. Das ist die einfache Logik, wenn man sagt, die Deutschen haben »nur« 2% weltweiten CO₂-Anteil.

Wir müssen zeigen, dass es geht und dass Klimaschutz ein Geschäftsmodell ist. Im Bereich erneuerbarer Energien haben wir das gemacht. Da haben wir gezeigt, dass man damit Geld verdienen kann. Dafür war aber notwendig, dass Politik die Richtung vorgegeben hat mit dem Gesetz für erneuerbare Energien. Es hat sich gelohnt, zu investieren. Da haben die Leute es gemacht. Das heißt, Politik hat die Innovationsrichtung vorgegeben. Das Gleiche brauchen wir im Bereich PKW. Das haben wir zum Teil schon. Alle neuen Häuser zum Beispiel, die in Europa gebaut werden, müssen ab dem Jahr 2021 Nullemissionshäuser sein. Das ist ein Standard. Das fasziniert. Dinge umsetzen – damit will ich sagen, dass Dinge beschlossen werden. Es werden Dinge umgesetzt. Politik ist nicht untätig. Ich bin kein Freund von Politiker-Bashing. Es werden Beschlüsse gefasst.

Allerdings, und das müssen wir wirklich feststellen, nicht schnell genug. Nicht schnell und nicht radikal genug. Man kann das jetzt bei dem Klimapäckchen ganz gut sehen. 3 Cent Anstieg beim Benzinpreis würde den täglichen Schwankungen beim Benzinpreis entsprechen, niemanden interessieren und keiner verändert sein Verhalten. Wie gesagt, wir müssen alle auf 2 Tonnen. Wie man dieses Ziel erreichen kann, technisch, vielleicht auch durch Lebensstile und Veränderungen durch Routinen, darin sind wir mit in der Führung und sollten in der Führung sein, es zu zeigen.

Markus Große Ophoff: Wie sieht es bei euch aus: Was meint ihr, wo die wesentlichen Ansätze sind? Wie sehr muss sich das System ändern? Wie sehr muss man sich auch selber ändern? Wir haben den Verzicht auf Plastiktüten. Wie seht ihr das?

Karla Oberwestberg: Ich sehe das Ganze nicht wirklich als Verzicht, sondern eher als Umstellung. Man verzichtet ja nicht auf etwas und hat dann einen Entzug. Man entscheidet sich ja bewusst dafür, etwas anderes zu tun. Das ist das, was das Persönliche ausmacht. Jeder persönlich kann natürlich anfangen. Würde niemand etwas machen, kämen wir nicht weiter. Es ist wirklich so, dass jeder Einzelne etwas

machen kann. Natürlich muss es dafür politische Rahmenbedingungen geben, aber wenn es keiner umsetzt und niemand handelt, kommen wir nicht weiter.

Nele Falkenreck: Ich würde Karla da zustimmen. Es geht doch nicht darum, dass wir komplett auf etwas verzichten. Wir haben Alternativen, die wir auch wahrnehmen.



Nele Falkenreck

Es ist kein Problem, mal mit dem Bus zu fahren oder mit dem Fahrrad, wenn man nur eine kurze Strecke zurücklegen muss. Ich darf noch kein Auto fahren, aber das wäre doch kein Problem. Beim Einkauf achte ich schon darauf, ob das jetzt in Plastik eingepackt ist oder nicht. Das ist gar nicht so schwierig, einmal zu gucken, ob ich die nicht eingeschweißten Tomaten nehme. Denn meistens liegen die Produkte nebeneinander. Ein bisschen mehr Aufmerksamkeit bei solchen Kleinigkeiten ist gar nicht so schlecht.

Markus Große Ophoff: Ich will ein Thema ein bisschen vertiefen, nämlich die Frage, welchen Einfluss unser Wirtschaftsmodell hat. Bei der Deutschen Bundesstiftung Umwelt hatten wir zu unserem 25-jährigen Jubiläum 2016 Horst Köhler eingeladen. Viele von uns hier im Saal wissen gar nicht, dass der ehemalige Bundespräsident Horst Köhler mehr mit Umweltthemen zu tun hatte, als man denkt. In dem vorbereitenden Gremium für die Entwicklung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen war er der einzige Deutsche. Er war sowohl in Richtung Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen als auch internationale Gerechtigkeit insbesondere für Afrika unterwegs. Ein Zitat von ihm möchte ich Ihnen vorlesen: »Die größte Herausforderung der Menschheit im 21. Jahrhundert ist es, allen Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen, ohne dabei unseren Planeten zu zerstören. Dieses kann und wird nicht mit dem jetzigen Wirtschafts- und Wachstumsmodell der Industrieländer gelingen.« Horst Köhler war Staatssekretär im Finanzministerium; er war in internationalen Finanzgremien – er ist ja kein linker Revoluzzer. Wie sehr müssen wir vielleicht doch an das Wirtschaftssystem ran, und wie können wir ein Wohlstandsmodell der Zukunft realisieren?

Lukas Köhler: Wir könnten hier ein ganz wunderbares Konsensplenum haben. Aber ich würde ihm massiv widersprechen. Wo er recht hat, ist, dass wir an die Messgrößen heranmüssen. Ob das Bruttoinlandsprodukt (BIP) steigt, ist keine Messgröße, die einen interessieren sollte. Da könnte man jetzt Konsens wahren.

Ich glaube, dass die gesamte Debatte über die Kritik an einer sozialen Marktwirtschaft völlig falsch ist. Die soziale Marktwirtschaft ist aus meiner Sicht der einzige Weg, wie wir überhaupt mit dem Klimawandel umgehen können. Sie ist der einzige Weg, wie wir für Innovation und Fortschritt sorgen. Weil sie der einzige Weg ist, der Wettbewerb nach vorne bringt. Deswegen: Ja – wir brauchen dringend mehr Marktwirtschaft!

Wir müssen darüber nachdenken, wie wir den Freihandel mit Brasilien schneller umsetzen. Das Mercosur-Abkommen ist aus einem ganz einfachen Grund ein hervorragendes Werkzeug für den Klimaschutz: In dem Mercosur-Abkommen verpflichten sich die teilnehmenden Staaten, das Pariser Abkommen einzuhalten und zügig umzusetzen. Das Problem des Pariser Abkommens ist, dass es an sich unverbindlich ist. Es ist zwar ratifiziert, aber die Ziele sind unverbindlich. Was ist das Problem dabei? Niemand überprüft, ob Brasilien nicht einfach seine Regenwälder abholzt oder nicht. Niemand überprüft, ob Brasilien nicht seine Standards runtersetzt und CO₂ einfach doppelt zählt und sagt, dass sie eine Tonne reduziert haben und ein Jahr später die gleiche Tonne reduzieren. Das überprüft niemand. Wenn aber die World Trading Organization (WTO) anfängt, so etwas zu überprüfen, ist das eine ganz andere Hausnummer. Die haben ganz andere Einflüsse. Und dann hat Brasilien auf einmal ein ganz anderes Interesse daran, das Pariser Abkommen umzusetzen. Dafür ist es gut und richtig, die Marktwirtschaft voranzubringen.

Aber wir brauchen natürlich einen funktionierenden Rahmen. Deswegen habe ich am Anfang über das Verbot von CO₂ über dem Budget hinaus gesprochen. Diesen Rahmen müssen wir setzen. Die Ziele müssen wir erreichen. Das ist Klimapolitik. Wir müssen endlich wieder anfangen, Klimapolitik mit Klimapolitik, Industriepolitik mit Industriepolitik und Sozialpolitik mit Sozialpolitik zu machen. Und dann gucken, wie die Auswirkungen sind, um diese natürlich in den Griff zu kriegen. Aber solange wir versuchen, mit einem CO₂ -Preis alles zu machen, Sozial-, Verteilungs-, Wirtschafts- und Klimapolitik, wird es natürlich vor die Hunde gehen. Und deswegen brauchen wir eine klare, eindeutig funktionierende Politik.

Michael Kopatz: Ich finde auch Wettbewerb und Markt eine tolle Sache. Wenn Unternehmen darum konkurrieren, wie sie zum Beispiel das klimafreundlichste Auto herstellen, ist das eine Superform von Wettbewerb. Da ist Politik gefordert, einen Rahmen zu setzen, damit sich der Wettbewerb genau darum dreht. Nämlich um das klimafreundlichste oder haltbarste Produkt.

Der freie Markt an sich handelt ohne jegliche Verantwortung. Ein Unternehmer ist nicht aus sich heraus, aus Altruismus, verantwortungsbewusst. Viele können es auch gar nicht sein. Ein Aktienunternehmen ist seinen Aktionären gegen-



Michael Kopatz

über zu maximaler Rendite verpflichtet. So einfach ist das. Anonym sagen die Manager, dass sie radikale Vorgaben der Politik für mehr Nachhaltigkeit brauchen. Sie können nicht beliebig das tun, was sie möchten. Wenn ihr Produkt teurer wird durch mehr Nachhaltigkeit und der Konkurrent davon profitiert, können sie nichts mehr davon verkaufen. Das wäre geschäftsschädigend. 80% der Manager fordern von der Politik Rahmenbedingungen. Das sagen die Manager aber nur anonym. Offiziell hetzen sie uns dann die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft auf den Hals, die sagt, dass jede politische Regulierung böse ist. Und das ist falsch. Jeder Libe-

rale würde sofort unterstützen, dass, wenn es keine Bundeskartellbehörde gäbe, Unternehmen dazu neigen, zu fusionieren. Dann gäbe es Konzerne und Oligopole und keinen freien Markt mehr. Der freie Markt funktioniert sowieso nur mit Regeln. Wenn wir jetzt im Sinne der zukünftigen Generationen den Markt regulieren wollen, muss Politik mutig sein.

Jetzt bringe ich die Verbindung zum Thema Wachstum. Stellen wir uns einmal vor, die Europäische Kommission macht eine Vorgabe, dass Waschmaschinen zehn Jahre lang Garantie haben und Handys vier Jahre lang halten müssen. Ich wage einmal die Hypothese, dass es technisch kein Problem ist. Ich vermute, dass mir hier die meisten zustimmen. Jetzt haben wir aber sofort ein Problem. Wenn es eine Garantie gäbe und die Waschmaschinen zehn Jahre halten, würden natürlich weniger Waschmaschinen gekauft werden. Wenn Handys statt zwei Jahre vier Jahre lang benutzt würden, hätten wir ein Problem, da weniger Handys verkauft würden. Dann hat man möglicherweise auch ein Wachstumsproblem. Ein Unternehmer kann also gar nicht daran interessiert sein, dass sein Handy länger hält. Es sei denn, dass durch die Wartung und Reparatur, also die Servicesysteme, die dadurch in Kraft gesetzt werden, so viele Dienstleistungen freigesetzt werden, dass die Defizite, die auf der einen Seite entstehen, dadurch kompensiert werden.

Wenn jetzt zum Beispiel weniger Autos verkauft werden, dann wäre das eine Katastrophe für Deutschland. Wir haben zurzeit ca. 47 Millionen PKW. Eigentlich müssen wir dahin kommen, dass wir 20 bis 25 Millionen PKW haben und den Rest elektrisch betrieben. So kommen wir auf 2 Tonnen CO₂ pro Kopf. Wenn weniger Autos in der Welt fahren, gehen Jobs verloren. Allein schon durch Elektroautos gehen Jobs verloren. Wie gehen wir damit um? Es wird natürlich Branchen geben, die wachsen. Die Bahn mit ihrem Fern-, Nah- und Güterverkehr wird wachsen. Servicebereiche können wachsen. Was bedeutet das jetzt makroökonomisch? Ist es möglich, dass Klimaschutzkonzepte umgesetzt werden, ohne dass das Wachstum gefährdet wird? Oder wie kann Wirtschaft funktionieren, die nicht auf Wachstum in dieser Form, wie wir es kennen, angewiesen ist? Und das, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird in unserer Republik zurzeit überhaupt nicht erforscht. Es gibt keine Forschung von DIW, RWI oder von großen Blau-Liste-Forschungsinstituten, die sich mit der Frage befasst, wie eine Wirtschaft funktionieren kann, die nicht so auf Wachstum angewiesen ist. Das wäre das Erste, was wir machen müssten. Eine einfache Antwort dazu gibt es nicht.

Markus Große Ophoff: Ich würde gerne auf die Schülerinnen zurückkommen. Was ist euch wichtig? Wie seht ihr das mit dieser Wachstumsdiskussion? Wie stellt ihr euch eine Vision für die Zukunft vor?

Karla Oberwestberg: Ich denke, dass wir wirtschaftlich ganz anders umdenken müssen. Dass wir Klimaschutz als oberste Priorität setzen, weil – wenn wir ehrlich sind – hinter allem große Lobbys stehen. Viele Menschen wissen auch, was schädlich ist. Trotzdem steht eine riesige Lobby dahinter. Deswegen kann man das nicht einfach so stoppen. Das kann man auf ganz viele Bereiche übertragen. Es wurde gerade das Beispiel mit dem PKW genannt. Es steht auch eine wahnsinnige Lobby hinter den PKW. Man könnte wirklich viel erreichen, indem man andere Richtlinien setzt. Man könnte Wachstum und Wirtschaft umlagern und umlenken und so viel erreichen.

Nele Falkenreck: Ich sehe es genauso. Wachstum ist in jedem Fall wichtig. Aber mit anderen Schwerpunkten. Das Wachstum muss mit mehr klimagerechteren Schwerpunkten sein.

Markus Große Ophoff: Herr Köhler, Sie haben in einem Nebensatz gesagt, dass das BIP nicht mehr das Maß für unseren Erfolg sein darf. Was wäre die Alternative?

Lukas Köhler: Ich würde die These, dass keine Forschung gemacht wird in Fragen des Wachstums, nicht unterstützen. Allein schon am von der DBU geförderten

Zentrum für Umweltethik und Umweltbildung ist der Glücksbegriff definiert worden, das Bruttosozialglück. Welche Indikatoren kann ich finden, um Glück zu definieren? Sie haben die Sustainable Development Goals (SDGs). Das ist wirklich spannend. Die Agenda 2030, mit den von der UN entwickelten Zielen, ist die Weltrettungsagenda. Das muss man so sagen. Es geht darum, die Welt zu retten. Das ist total cool, aber das kennt keiner. Das ist ein bisschen schade.

Wir müssen einmal darüber nachdenken, wie wir die Grunddefinition machen. Im Moment definieren wir Objekte. Im Moment sagen wir, Autos sind toll, Handys sind toll, Ringe oder Schmuck sind toll oder Öl ist toll. Wir sprechen immer über Objekte. Aber das ist überhaupt nicht der Punkt. Der Punkt sind die Funktionen, die sie erfüllen. Ich brauche kein Auto als Statussymbol. Aber meine Frau kommt aus dem Alpenvorland, aus den Bergen in Schwaben. Wunderschön, toller Hof. Da sind drei Weiler, also drei Höfe, nebeneinander. Der nächste Ort hat 500 Einwohner. Da fährt am Tag zweimal ein Bus. Ich habe eine Tochter, die vier Wochen alt ist. Dort fängt es gerade an zu schneien. Wenn ich wirklich komplett ohne Auto dahin müsste, fährt zweimal am Tag ein Bus und ich muss meinen Kinderwagen 3 Kilometer den Berg hochschieben. Das mache ich nicht. Da fahre ich nicht mit dem öffentlichen Personennahverkehr hin. Aber auch diese Länder und Regionen müssen wir versorgen. Das heißt, die Funktion der Mobilität muss das sein, was in den Vordergrund kommt. Die Funktion der Kommunikation muss das sein, was in den Vordergrund kommt. Und wenn ein Handy nur ein halbes Jahr benutzt wird, aber so gut recycelt wird, dass wir es wieder benutzen, ist es mir wurscht. Das ist nicht das, was Politik entscheiden muss. Das müssen Menschen, Industrie und Wissenschaft miteinander ausmachen. Ich will, dass dabei kein CO₂ verbraucht wird. Ich möchte CO₂-neutral zu den Eltern meiner Frau kommen können. Diese Funktion müssen wir abbilden. Aufgabe von Politik ist es, den Rahmen dafür zu machen. Nicht die Frage von Wachstum oder nicht.

Michael Kopatz: Zur Messung von Wohlstand gibt es verschiedene Forschungen. Zum Beispiel den Nationalen Wohlfahrtsindex (NWI), den ich sehr plausibel finde; der auch erhoben wird und auf statistische Größen zurückgreift, die erhoben werden. Der wäre relativ leicht zu erfassen. Da er im Grunde genommen schon da ist, müsste man als Bundesregierung einmal hingehen und sagen, dass sie diesen Indikator parallel immer nennen, wenn vom BIP die Rede ist. Das wäre schon ein Fortschritt, dass er medial bekannt wird. Und dass man sich innerhalb der Bundesregierung einigt, diesen zu nehmen. Ich möchte gar nicht sagen, dass er der entscheidende Indikator ist. Zu diesem ist schon viel gearbeitet worden. Deswegen finde ich ihn gar nicht schlecht. In der Enquete-Kommission zum Thema Wachstum wurde diskutiert, welcher der richtige Indikator ist. Ich würde einmal sagen, es ist wurscht – Hauptsache, ihr einigt euch einmal. Und dann kommunizieren wir ihn immer parallel zum BIP. Damit die Leute schon mal ein Gespür

dafür kriegen, dass alles gar nicht so ideal läuft, wenn das BIP wächst. Das ist ein wichtiger Aspekt.

Aber da sind wir immer noch nicht bei einem makroökonomischen Modell, wie Wirtschaft funktionieren kann. Sobald VW weniger Autos herstellt, haben wir ein Problem. Wie gehen wir mit diesem Problem um? Ein Stichwort ist Arbeitszeitverkürzung. Ein anderes Thema wäre die Geldwirtschaft. Man kann gar nicht alles aufzählen. Aber es ist nicht ganz easy. Dazu ist Forschung notwendig. Dazu müssen Szenarien und Modelle entwickelt werden. Damit man überlegen kann, wie es funktionieren könnte. Und damit Politiker nicht so viel Angst vor politischer Steuerung haben und vor politischen Entscheidungen, die »eventuell« das Wachstum betreffen könnten. Nehmen wir nur einmal das Tempolimit auf der Autobahn. »Eventuell« würden weniger Autos dadurch verkauft. Und deswegen gibt es kein Tempolimit in Deutschland. International gesehen ist das peinlich. Wir haben kein Tempolimit, weil es das Wachstum gefährden könnte. Ganz viel geschieht nicht, weil es das Wachstum gefährden könnte. Deswegen ist das eines der größten Probleme in der Umweltpolitik. Alles muss immer mehr und größer werden: Unsere Fernseher, die Kühlschränke, die Autos werden immer schwerer, die Häuser werden immer größer. Jeder von uns hat jetzt 12 qm mehr Wohnfläche, die beheizt werden muss. Das ganze Wachstum hat leider fast den ganzen Teil, den wir durch Effizienz bei den erneuerbaren Energien geschafft haben, aufgezehrt. Das ist ein Riesendilemma.

Lukas Köhler: Es hat nicht nur zu negativen Sachen geführt. Es hat auch dazu geführt, dass wir auf der Welt die Kindersterblichkeit halbiert haben. Es hat dazu geführt, dass wir auf der Welt die absolute Armut halbiert haben. Es hat dazu geführt, dass wir auf der Welt den Gesundheitsindex verdoppelt haben. Es hat dazu geführt, dass auf der Welt wieder deutlich mehr Bäume wachsen als 1990. Ich würde nicht immer alles nur negativ reden. Das ist einer der Nachteile. Wer hier fehlt auf dem Podium und wo auch ein großes Problem für Politiker liegt, ist jemand wie Vernunftkraft, Windkraftgegner oder Leute aus Städten in Sachsen, die bis zu 70% AfD gewählt haben. Auch weil die sagen, das mit dem ganzen Klimawandel ist schlecht, und die sich hinstellen und sagen: »Was macht ihr denn da? Ihr reduziert hier unseren Wohlstand und unsere Arbeitsplätze!« Die Schäden vom Klimawandel werden für diese Leute nie so groß sein wie für die Leute im globalen Süden. Aber sie sagen, dass ihnen diese Leute egal sind und es ihnen egal ist, wer in Palau untergeht. Denen ist das wurscht, und die wollen nur ihren Job haben. Das kann man als egoistisch oder wie auch immer darstellen. Aber das sind Wählerinnen und Wähler, und in einer Demokratie ist es nun einmal so, dass auch die einen relevanten Anteil darstellen. Natürlich kann man den Klimaschutz ganz vorne hinstellen und sagen, dass wir weg müssen vom Wachstum, von der

Wirtschaft, von Arbeitsplätzen. Ich glaube, dass das für Politik nicht funktionieren wird, weil wir diese beiden Interessen miteinander verbinden müssen. Und das ist eine Herausforderung, die diskutiert werden muss.

Markus Große Ophoff: Wie sehen Sie da die Rolle von Politik? Ich finde es ja immer ganz spannend, wenn Politiker sagen, dass sie für eine Meinung stehen und dafür werben. Und für Mehrheiten werben. Was Herr Köhler gerade gesagt hat, hört sich so an, dass er meint, er müsse sich anhören, was da alles passiert, und seine Meinung danach ausrichten. Was ist der richtige Weg zwischen den beiden Varianten?

Lukas Köhler: Das ist die absolute Königsfrage. Es gibt drei Rollen für Politiker und Politikerinnen. Das eine ist, dass ich natürlich eine eigene Meinung haben muss. Und natürlich muss ich diese eigene Meinung durchkämpfen, und im Zweifel auch gegen Widerstände. Ich muss sie nicht in eine Kommission verlagern und dann sagen, dass es die Wissenschaftler aber so gesagt haben. Die Kohlekommission ist so ein Ding. Ich finde es falsch, wenn wir sagen, dass die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die Zivilgesellschaft, es so gesagt haben und wir jetzt gar nicht anders können. Das ist der falsche Weg.

Aber natürlich müssen wir zuhören. Zum einen werden wir gewählt. Alle vier, fünf oder sechs Jahre steht eine Wahl an. Und natürlich macht man sich als Politiker auch Gedanken darüber, was Meinungen sind, die ankommen.

Und das Dritte ist, dass dafür Demokratie da ist. Ich bin doch nicht dafür gewählt, dass ich eine Meinung vertrete, sondern dass ich auch eine Meinung im Volk vertrete. Und dem Volk muss ich die Möglichkeit geben, seine Meinung dadurch kundzutun, dass ich meine Meinung klar vertrete. Das ist meine Aufgabe. Dafür muss ich sorgen.

Aber was passiert, wenn ich meine Meinung klar vertrete? Dann tut das jemand anderes auch. Und dann bildet sich eine Lücke, und es gibt 25% für die AfD. Diese Sorge geht nur dadurch weg, wenn wir vor der Meinungsvertretung, vor der Wahl in den Dialog kommen und wenn wir nicht sagen, dass die Vernunftkraft-Leute Ökotaliban sind. Das verschärft die Debatte. Das führt dazu, dass wir nur noch schwarz und weiß sehen. Carl Schmitt hat einmal gesagt, dass das größte Problem der Demokratie ist, dass sie nicht mit Feindschaft umgehen kann. Wenn wir beide jetzt sagen würden, dass wir eine andere Meinung haben, die so fundamental anders ist, dass wir nicht darüber reden können, wie wir zusammenkommen, funktioniert Demokratie nicht. Zu diesem Punkt in der Geschichte dürfen wir nie wieder kommen. Wenn wir zu diesem Punkt kommen, machen wir gar keinen Klimaschutz mehr. Dann machen wir ganz andere Sachen in Deutschland.

Markus Große Ophoff: Eben wurde das Thema Mobilität angesprochen. Und da kam die Frage auf, wie man zu dem Dorf kommt, dass etwas abgelegen ist. Wie sieht das bei euch aus? Ihr seid jetzt im Alter von 16 Jahren. Vermutlich denkt ihr darüber nach, einen Führerschein zu machen. Ihr guckt danach, wie ihr unterwegs sein könnt. Ihr kommt von der Ursulaschule. Das ist eine Schule, die viele Schüler aus der ganzen Stadt und dem Landkreis hat. Ihr habt vielleicht auch Freunde, die etwas abgelegener wohnen und zu denen man nicht ganz so einfach mit dem Bus hinkommt. Wie seid ihr unterwegs? Und wie wünscht ihr euch Mobilität? Sitzt ihr schon im Auto und übt für den Führerschein, und ist die nächste Hoffnung, das tollste Auto zu haben? Oder wollt ihr den selbstfahrenden Bus, der euch zu euren Freunden bringt?

Karla Oberwestberg: Ich persönlich setze auf jeden Fall auf das Fahrrad. Es bietet sich an. Es stellt sich auch tatsächlich heraus, dass ich mit dem Fahrrad schneller



Karla Oberwestberg

bin als mit dem Auto oder dem Bus. Ich denke, dass man auf gar keinen Fall darüber diskutieren muss, dass es noch keine Alternativen zum Auto gibt. Es ist eben einfach noch so. Vor allem auf dem Dorf sind Dinge kaum erreichbar ohne ein Auto.

Was man natürlich machen könnte, ist ein viel besserer Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs – vor allem auch in der Stadt. Osnabrück ist eine Stadt, in der sehr viel Auto gefahren wird. Es wird hier sehr viel für Autos getan und sehr wenig für Fahrradfahrer. Es gibt Zahlen, wie viel Geld pro Person in Fahrradfahrer gesteckt wird. Das ist in Osnabrück sehr,

sehr wenig. Aber auch für den Nahverkehr wird sehr wenig getan. Da müsste man ansetzen. Und den könnte man durchaus auch auf dem Dorf ausbauen.

Nele Falkenreck: Ich wohne auch in der Stadt und mache deshalb sehr viel mit dem Fahrrad. Ich finde, das macht auch mehr Spaß, als mit dem Auto irgendwohin zu fahren. Wenn es wirklich zu kalt ist oder regnet, fahre ich Bus. Das Problem beim Bus ist, dass er sehr teuer ist. Die Verbindungen sind in den ländlichen Regionen nicht nur nicht zuverlässig, sondern Busfahren ist auch sehr teuer. Wenn ich für eine Fahrt zu meiner Freundin 3,80 € bezahlen muss, ist es für mich bequemer und einfacher, mich bringen zu lassen. Das finde ich sehr schade. In anderen Städten klappt das deutlich besser. Ich mache sehr viel mit dem Fahrrad.

Ich habe aber auf manchen Straßen das Gefühl, dass ich nicht sicher Fahrrad fahren kann. Es sind einfach nicht genug sichere Radwege da. Zum Beispiel fühle ich mich auf dem Radweg an der Martinistraße nicht sicher. Deswegen fahre ich da nicht so gerne lang.

Markus Große Ophoff: Mobilität ist das Sorgenkind in der Klimadiskussion. Das ist der Sektor, wo wir eigentlich keine Minderung hingekriegt haben. Wie sehen Sie da die Lösungen? Wie kommen wir wirklich weiter im Bereich der Mobilität?

Michael Kopatz: Zum Thema Wachsen wollte ich noch einen Slogan rausgeben. Also, Wachstum ist nicht per se schlecht. Für mich gilt das Motto: Das Schlechte muss schrumpfen. Das Gute darf wachsen.

Zum Thema Mobilität: Das eine ist hier städtisch angesprochen. Dann haben wir aber auch auf den Ebenen Europa und Deutschland das Thema Mobilität. Wie ist da jetzt der Stand der Dinge? In den letzten zehn Jahren ist CO₂ im Verkehrsbereich gestiegen. Der Wert ist nicht zurückgegangen. Die Bundesregierung hat versprochen und sich selber das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2030, in elf Jahren, dass CO₂ im Verkehrsbereich um 40% verringert werden soll. Das können wir knicken. Das schaffen wir nicht mehr. Es ist ein Desaster. Woher kommt das? Unter anderem liegt es daran, dass der LKW-Verkehr in den letzten 15 Jahren um 30% gewachsen ist. Bis zum Jahr 2030 sagen die Prognosen, dass der LKW-Verkehr noch einmal um 40% wachsen wird. Damit kommen wir dem CO₂-Ziel nicht näher, sondern wir entfernen uns davon mit einer enormen Dramatik.

Zumal auch die Leute immer mehr Auto fahren. Die einfache Erklärung dafür, dass das geschieht, ist, dass immer mehr Straßen gebaut werden. Mehr Straßen bringen mehr Verkehr. Warum ist das so? Vorweg: Alle, die hier im Raum sind, sind im Schnitt 80 Minuten am Tag unterwegs. Der Mensch investiert im Schnitt 80 Minuten am Tag in Mobilität. Ich weiß nicht warum. Vor 100 Jahren war das schon genauso. Wir sind heute genauso unterwegs, wie zur Zeit der Postkutsche. Und selbst die Wasserträgerin in Afrika investiert ungefähr genauso viel in Mobilität wie wir. Der Punkt ist, dass wir in der gleichen Zeit viel größere Distanzen zurücklegen. Wenn ich jetzt zwei Umgehungsstraßen baue und ich erreiche mein Ziel 20 Minuten eher, investieren die Leute die Zeit in längere Distanzen. Jede Umgehungsstraße, wie hier in Osnabrück in Belm, führt dazu, dass sich die Pendeldistanzen verlängern. Das sieht man auch an den PKW-Kilometern, die gefahren werden. Es werden immer mehr, wir fahren immer weiter. Deswegen führen mehr Straßen zu mehr Verkehr. Jetzt ist es überall der Fall, dass Autobahnen ausgebaut werden, da die Straßen verstopft sind. Ja – weil wir Kartoffeln aus Ägypten kaufen! Weil die Produktion einer einfachen Lasagne auf 20 Staaten der Europäischen Union verteilt ist! Wir haben es möglich gemacht, dass einfache Produkte über 20 verschiedene Wertschöpfungsstufen produziert werden. Alles wird von A

nach B ständig hin- und hergekartt. Dafür kann doch nicht die Lösung sein, mehr Straßen zu bauen! Ich sage – und das ist ein wichtiger Begriff im Konzept der Ökoroutine – wir brauchen Standards und Limits. Für Standards habe ich schon gute Beispiele gebracht für Neubauten und PKW. Was wir bisher nicht machen, sind Limits. Was ich mir von der Bundesregierung wünsche, ist, dass sie keine Straßen mehr baut. Keine einzige Straße. Und wenn dann die Straßen verstopft sind, werden die Logistiker vielleicht darüber nachdenken, wie wir die Sachen mit der Bahn transportiert kriegen. Systemisch betrachtet hätten wir dafür dann ganz viel Geld. Diese Struktur, diese strukturellen Voraussetzungen müssen wir schaffen.

Lukas Köhler: Naturgemäß bin ich nicht für ein Verbot, weitere Straßen zu bauen. Die These ist sicherlich spannend. Zwei Sachen würde ich gerne ergänzen. Ja, es ist richtig, dass der CO₂-Ausstoß im Verkehr wächst. Das ist ein Riesenproblem. Nichtsdestotrotz sind unsere Autos im Vergleich zu 2003 um 60% effizienter geworden. Wir brauchen also für die gleiche Strecke 60% weniger CO₂. Das wird durch den sogenannten Rebound-Effekt komplett aufgefressen. Es bringt also nichts, irgendwelche Flottengrenzwerte festzulegen. Das bringt nichts. Es bringt nichts, von außen irgendwelche Regulierungen draufzusetzen. Das ist ein Riesenproblem. Wenn wir im Verkehr sinnvoll CO₂-neutral werden wollen, gibt es drei Wege.

Das eine ist, dass wir endlich anfangen müssen, die Infrastruktur so umzusetzen, dass sie überhaupt die Möglichkeit dazu schafft, CO₂-neutral zu werden. Das heißt, wir brauchen E-Ladesäulen und Wasserstofftankstellen. Wir brauchen eine Wasserstoffinfrastruktur und eine synthetische Kraftstoffinfrastruktur. Selbst wenn man niemals synthetische Kraftstoffe für Autos nehmen würde – diese 30% Zuwachs an LKW kommen ja nicht von ungefähr. Sie kommen daher, weil sie Bedürfnisse befriedigen. Diese Bedürfnisbefriedigung muss ich in irgendeiner Weise CO₂-neutral gestalten. Das geht eben nur über Wasserstoff oder synthetische Kraftstoffe.

Der zweite Punkt ist, dass ich nicht weiß, wie viele Bahnstrecken Sie hier bauen. Aber in meinem Wahlkreis in München gibt es die sogenannte Westtangente. Die würde den Bahnverkehr, und vor allem den Bahnwarenverkehr, massiv beschleunigen. Diese Strecke ist 1984 geplant worden. Zwei Jahre, bevor ich geboren wurde. Sie ist immer noch nicht im Bau! Wenn wir in Deutschland mehr als 35 Jahre brauchen, um Bahninfrastruktur zu bauen, ist das nicht eine Frage des Geldes, sondern eine des Planungsrechts und eine von vielen Bürgerinnen und Bürgern. Denn wenn ich jeden Meter einer Bahnstrecke beklage, brauche ich mich nicht zu wundern, dass in Deutschland keine Bahninfrastruktur ausgebaut wird.

Und der dritte Punkt ist, dass wir uns im Bahnbereich momentan entscheiden müssen: Wollen wir die Bahn für Waren- oder für den Personenverkehr nutzen?

Im Moment hat der Personenverkehr auf der Bahn Vorrang. Jeder Zug, der Personen befördert, hat Vorrang vor Gütern. Ich kann aber auf einer Bahnstrecke zehnmal so viel Güter transportieren wie auf einem LKW. Wenn ich den LKW-Verkehr reduzieren will, muss ich dafür sorgen, dass Güter von der Straße auf die Schiene kommen. Dann muss ich aber über den Personenvorrang nachdenken. Das ist eine Herausforderung, weil dann nicht mehr so viele Personen von A nach B fahren. Wir müssen uns entscheiden, was wir wollen. Dann müssen wir auch dafür sorgen, dass das, wofür wir uns entscheiden, auch umgesetzt wird. In Deutschland gibt es momentan ein Problem mit dem sogenannten »not in my backyard«. In Deutschland kriege ich kein Projekt mehr umgesetzt: Ich kriege keine Trasse gebaut, ich kriege keine Windkraftanlage gebaut, ich kriege keine Bahnstrecke, keine Gaskraftanlage und auch keine Straße mehr gebaut. Dieses Akzeptanzproblem müssen wir lösen.

Markus Große Ophoff: Nächste Frage: Meine Einschätzung ist die, dass wir gerade eine neue soziale Bewegung sehen. Soziale Bewegungen ändern auf lange Sicht eine ganze Menge. Es wird ein anderes Denken erreicht, das auch anders entsteht und durch die Jugend geprägt ist. Ich habe noch nie eine soziale Bewegung gesehen, die so jung war. Ich bin groß geworden in der Zeit, in der es die Friedensbewegung gab. Da waren auch junge Leute. Das waren aber die Studenten mit 20 oder 25 Jahren. Aber nicht sehr viele Schüler mit 15, 16, 17 Jahren. Von dort kommen ja heute sehr konkrete und klare Vorschläge. Wie kriegen wir es hin, dass wir diese junge Generation besser beteiligen? Sehen Sie dort überhaupt einen Bedarf?

Lukas Köhler: Wir haben in Deutschland eine Menge Beteiligungsmöglichkeiten für Demokratie. Wir tun immer so, als ob die Demokratie in Deutschland fürchterlich vor die Hunde geht. Ich war Ende letzten Jahres in Russland. Da gibt es ein Problem für die Demokratie. Da ist es eine Frage, wie die Opposition aufgestellt ist. In Deutschland gibt es tausende Möglichkeiten, sich zu beteiligen. Thomas Mann sagte einmal: »Wenn der Deutsche keinen Prozess führt, bildet er einen Verein.« Wir können uns an so vielen unterschiedlichen Stellen beteiligen, dass ich hier kein Problem sehe.

Es gibt zwei Probleme, die wir adressieren müssen, wenn es um Jugendbeteiligung geht. Das erste ist die Frage, wie unser Parteiensystem überhaupt aufgebaut ist. Ist es noch spannend? Ich bin noch nicht so alt, aber wenn ich mir angucke, wie viele Stunden ich in stickigen Wirtshauszimmern verbracht habe und darüber diskutiert habe, wo wir welches Plakat aufstellen, muss ich leider sagen, dass das keinen Spaß macht. Wenn Sie dort bis 23 Uhr mit in der Mehrheit 60-Jährigen – nichts gegen 60-Jährige – den Freitagabend verbringen, sage ich, dass es spannendere Dinge gibt, die man tun kann.

Wir müssen darüber nachdenken, ob man so Politik gestalten will. Das müssen wir als Parteien tun. Ich bin nicht nur im Bundestag, sondern auch Generalsekretär der FDP in Bayern. Wir diskutieren dort gerade, wie es familienfreundlich sein kann. Wie können meine Frau und ich an so etwas teilnehmen? Denn auch meine Frau ist in der Partei, und wir wechseln uns ab mit dem Hüten der Kinder, wenn wir abends etwas politisch machen wollen. Es geht halt nicht anders.

Wir müssen auch eine strukturelle Frage stellen. Wir müssen darüber nachdenken, wie wir kommende Generationen in den Parlamenten und auf internationaler Ebene verankern. Darüber müssen wir einen öffentlichen Diskurs führen. Brauchen wir eine Ombudsperson im Bundestag, die für kommende Generationen spricht, wie es das in Ungarn gibt? Oder brauchen wir eine Politik des leeren Stuhls, wo wir eine Reihe freilassen, die symbolisch für kommende Generationen da ist? Es gibt tausend Konzepte. Aber die Diskussion führen wir überhaupt nicht. Wir reden nicht darüber, wie unsere parlamentarische Demokratie im Hinblick darauf aussieht. Und wir müssen auf der internationalen Ebene, bei den internationalen Menschengerichtshöfen, dafür sorgen, dass in irgendeiner Form eine Repräsentation kommender Generationen funktionieren kann. Es gibt da Möglichkeiten wie die sogenannten »friends of the court«, also Freunde des Gerichts, die sozusagen im Gericht ihren Standpunkt darlegen können. Das fände ich zum Beispiel eine sauspännende Idee, wie man so etwas auf der internationalen Ebene einrichten kann. Natürlich müssen wir an die internationalen Systeme ran, da kommende Generationen eine Stimme bekommen müssen.

Michael Kopatz: Da kann ich mal meine persönliche Geschichte erzählen. Welche Rolle habe ich als Bürger in der Demokratie? Beschränkt sich meine Mitwirkung auf die regelmäßige Möglichkeit, zur Wahl zu gehen? Jemand wie ich, der zum Thema Umweltpolitik forscht, kann sagen, dass er beruflich ja schon genug tut. Aber ich habe gemerkt, dass das einfach nicht reicht. Eine schöne Sache ist, wer bei Fridays for Future dabei war, kann später sagen: Ich war dabei. Hier ging es gerade um Oma und Opa. Ich stelle mir vor, dass, wenn meine Kinder einmal Kinder haben, sie fragen: Opa, was hast du eigentlich gegen die Klimakrise unternommen? Und ich stelle mir vor, dass da später einmal ganz viele da sein werden, die sagen, dass sie davon gar nichts mitbekommen haben, dass sich die Experten damals noch gar nicht einig waren, oder sagen, was sie denn hätten tun sollen. Heute sagen sehr viele, die im SUV sitzen: Was kann man da schon tun? Das ist Realität. Ich kann sagen, dass ich gekämpft und etwas dagegen unternommen habe. Und das kann Fridays for Future auch. Die können sagen, dass sie dafür auf die Straße gegangen sind. Und das allein fühlt sich schon mal ganz gut an.

Was hat man für Mitwirkungsmöglichkeiten? Ich gebe offen zu, dass ich noch vor ein paar Jahren gedacht habe, ob demonstrieren sein muss. Auf einen mehr oder weniger auf der Demo kommt es nicht an. Ich habe festgestellt, dass nichts

egal ist. Auf jeden von uns kommt es an. Die Reformer in der Politik haben es leichter, wenn sie merken, dass es Druck von der Straße gibt. Die Demonstranten im Hambacher Forst, die vermeintlich Verrückten, die sich in den Bäumen verschanzt haben, haben den Wald medial so weit aufgeladen, dass man den nicht einfach abholzen konnte. Und die Diskussion um den Hambacher Forst hat massiv die Kohlekommission beeinflusst. Und ohne Fridays for Future hätten wir noch nicht einmal ein Klimapäckchen. Da merkt man, dass der politische Protest durchaus einen Einfluss hat.

Tatsächlich ist das Demonstrieren nur eine von vielen Formen der Beteiligung. In vielen Städten findet jeden Monat die Critical Mass, eine Fahrraddemo, statt. Dann gibt es den Parking Day, an dem Parkplätze umgewidmet werden in Grünflächen oder Aufenthaltszonen. Man kann Petitionen unterschreiben. Man kann sich in die Politik einmischen, ohne unbedingt Politiker werden zu müssen. Mir hat es gereicht, Plakate aufzuhängen, mitzuhelfen und etwas zu unterstützen – auf jeden Fall etwas mehr zu tun, als über die Verwendung des Einkommens nachzudenken. Das ist ein wichtiger Punkt. In der Ökoszene habe ich ganz viele Menschen kennengelernt, die Bioprodukte einkaufen, die über Plastikstrohhalm diskutieren, aber total unpolitisch geworden sind und wirklich nur noch wählen gehen. Ich glaube, dass es genau diese Eliten sind, die sich überhaupt Gedanken machen über Klimaschutz usw. Es sind die, die sich doch einmischen müssten. Und dazu gehört mehr, als nur wählen zu gehen.

Markus Große Ophoff: Habt ihr darüber schon einmal nachgedacht? Du machst Fridays for Future und du machst bei der Schulaktion mit. Wollt ihr euch da in Zukunft auch mehr einbringen, und was haltet ihr von Parteien? Oder habt ihr an etwas anderes gedacht, um euch mehr einzumischen?

Karla Oberwestberg: Ich persönlich habe auf jeden Fall darüber nachgedacht, mich weiter zu engagieren. Was die Politik angeht – und da mögen andere anders denken –, bin ich ihr persönlich nicht ganz so zugeneigt. Man sagt ja bei uns oft, dass die Politik ausgelegt ist auf vier Jahre. Man arbeitet eben auf die neue Wahl hin. Die Ziele sind für die Wahl, auf die man hinarbeitet. Die Politik redet oft und viel an der Jugend vorbei. Es wird viel geredet und wenig gehandelt. Es liegt auch ein bisschen am Altersdurchschnitt. Es sind gerade viele ältere Politiker in unserem System, die nicht ganz so zukunftsorientiert denken, wie wir das vielleicht tun.

Markus Große Ophoff: Hast du eine Alternative zur Politik? Oder sagst du, Fridays for Future ist gut und das mache ich die nächsten zehn Jahre?

Karla Oberwestberg: Natürlich ist Fridays for Future gut. Zu hoffen bleibt, dass in der Zwischenzeit etwas passiert. Tatsächlich gibt es gute Alternativen zur Politik. Wenn man aber wirklich etwas erreichen möchte, sind politische Maßnahmen erforderlich. Es geht eben nicht ohne Politik. Politik muss Rahmenbedingungen schaffen. Ich denke schon, dass man viel über Politik erreichen kann.

Nele Falkenreck: Auch ich werde das weiterführen. Vielleicht nicht unbedingt in dem Schulprojekt. Aber ich werde weiterhin alle meine Bekannten darauf aufmerksam machen, dass es nicht sein muss, alles in Plastik zu kaufen. Erst einmal werde ich damit anfangen. Ich würde sagen, dass ich Politik sehr interessant finde. Ich würde aber Karla zustimmen in dem, dass dort nicht nur so viel geredet wird, sondern vielleicht auch mal schneller gehandelt.

Markus Große Ophoff: Ich öffne jetzt für das Publikum. Stellen Sie bitte Ihre Fragen.

Publikum: Wir in Deutschland verursachen nur 2% vom CO₂-Ausstoß. Was bringt das schon für den Klimateffekt? Es bringt eine Menge, wenn wir in diesem kalten Land mit wenig Sonnenschein, hochgradig industrialisiert, mit einem riesigen Energieverbrauch und einem sagenhaft hohen Wohlstand es schaffen, mit der Energiewende die Kurve zu kriegen. Dann weiß man, dass es alle Länder schaffen können. Deshalb ist es wichtig, dass wir es tun.

Publikum: Können Sie mir eine Antwort darauf geben, warum hier und in vielen ähnlichen Diskussionen sehr wenig über das Heizen gesprochen wird? Obwohl etwa das Verhältnis im Vergleich zur Mobilität 2:1 in der Klimawirksamkeit ist. In einer Talkshow sagte Herr Töpfer zu einer Vertreterin von Fridays for Future, dass die Bewegung den Feinstaub akzeptieren würde.

Zweitens werden bestimmte Aktivitäten wie der Bereich des Sports durch den Staat gefördert. Auch dadurch wird das Klima belastet. Wenn zum Beispiel Berufstätige nicht zum Sport gehen würden, würde der PKW weniger genutzt und vielleicht mehr das Fahrrad.

Lukas Köhler: Natürlich ist Heizen ein Riesenthema. Natürlich ist die Modernisierung unserer Infrastruktur eine Riesfrage. Beim Auto ist es so, dass es genügend Autohersteller gibt, die die Produktionsprozesse umstellen können, und im Zweifel gibt es genug Verbraucher, die das kaufen. Bei der Heizung bzw. im Gebäudebereich müssen wir bei der Renovierungsquote von jetzt unter 1% auf 2% kommen. Wir haben in Deutschland momentan nicht genug Handwerker. Das Problem hat nichts mit Technologie und Willen der Bundesregierung zu tun. Wenn wir auf 2% kommen wollten, hätten wir nicht genug Handwerker. Das ist

ein Problem. Dazu haben wir im Moment auch nicht den richtigen Instrumentenmix. Ich habe heute Abend versucht, die Bundesregierung nicht anzugreifen. Ich wollte, dass wir nicht immer nur auf das Klimapäckchen schimpfen, sondern darüber reden, wie es sonst funktionieren könnte. Aber eine Sache muss ich sagen. Dass wir eine energetische Gebäudesanierung steuerlich fördern, ist richtig. Es ist eine Superidee, dass ich die Renovierung meines Hauses steuerlich absetzen kann. Aber dass ich das nur für die eigengenutzte Immobilie machen kann, also für diejenigen, die eh schon ein Eigeninteresse und einen positiven Benefit davon haben, ist völlig absurd. Es ist völlig absurd, dass wir nicht an die Mietwohnungen rangehen! Das ist der Riesenblock des Heizens.

Zu Sport und Events: Das ist so ein bisschen diese Klimanotstandsdiskussion. Wenn Sie den Klimanotstand kommunal ausrufen, müssen Sie als Erstes Ihre Kirrme oder Ihr Volksfest verbieten. Das ist natürlich richtig. Wenn man einen Klimanotstand ausruft – ich bin gegen Klimanotstand –, muss das Erste sein, dass die direkten und indirekten Emissionen eines lokalen Volksfestes überprüft werden. Genauso ist es mit Sportevents. Ich halte nicht viel davon, diese Dinge gegeneinander auszuspielen. Deswegen halte ich einen Klimanotstand zu beschließen für völligen Nonsens. Es führt zu nichts, außer zur Radikalität. Und Radikalität bringt uns im Klimaschutz jetzt nicht mehr weiter. Wir können über Radikalität in den Maßnahmen reden. Aber Radikalität in den Forderungen bringt uns zu gar nichts. Nicht einmal mehr zu Diskussionen. Ich bin nicht der Meinung, dass wir den Breitensport verbieten sollten, weil Leute mit Autos zu Sportveranstaltungen fahren.

Michael Kopatz: Was da genannt wurde, ist nur Polemik und führt zu nichts. Das Wahlrecht für Frauen zu fordern, war auch einmal radikal. Die suffrages in England, die Suffragetten, galten als »Spinnerinnen«, »hysterische Frauen«. Das Sein bestimmt das Bewusstsein. Und heute sind die Verhältnisse andere. Und natürlich brauchen wir die Radikalen auch bei der Klimaschutzdebatte. Das ist doch gar keine Frage. Wir brauchen die radikale Forderung, damit überhaupt etwas vorangeht.

Zum Thema Raumwärme: Tatsächlich liegt ein Drittel in der CO₂-Verantwortlichkeit bei der Raumwärme. Alle Häuser, die neu gebaut werden, müssen maximale Effizienz mit sich bringen. Das ist ein Fortschritt. Das Problem ist, dass überall neu gebaut wird, obwohl die Bevölkerung gar nicht wächst. In vielen Städten, wie zum Beispiel in Essen, das 80.000 Einwohner verloren hat, wird trotzdem ständig neu gebaut. Das liegt daran, dass wir mit der Fläche, die wir haben, nicht vernünftig umgehen. Das ist ein Problem.

Wie kriegen wir die Leute dazu, im Bestand zu sanieren? Wir haben die Energieeinsparverordnung (EnEV). Das heißt, wenn ich mein Gebäude saniere und ich mache 10% der Fassade, dann muss ich energetisch ertüchtigen. Das schreibt die

EnEV heute schon vor. Aber es kümmert sich niemand in den städtischen Bauämtern darum, dass es auch gemacht wird. Wenn ich ein Fenster austausche und das sind mehr als 10% der Fensterfläche, muss ich alle Fenster energetisch ertüchtigen. Es gibt keine Durchführungsverordnung, und es wird nirgends kontrolliert. Tatsächlich müssen wir ran an den Bestand. Das ist der springende Punkt. Da müssen wir verschiedene Instrumente nutzen. Das ist der Bereich, wo wir jetzt am meisten rausholen können und in dem wir dynamisch vorangehen müssen. Ein zweites substanzielles Problem dabei ist, dass die Bauunternehmen zu wenig Leute haben.

Publikum: Vor ein paar Jahren hätte ich mit Stolz gesagt, dass ich seit vielen Jahren – nämlich seit 25 Jahren – für die Grünen kommunalen Klimaschutz mache. Wenn Sie jetzt eine klassische Politikeransprache hören wollen, würde ich von meinen tollen Erfolgen erzählen. Aber es gibt gar keine tollen Erfolge. Wenn wir uns die Klimabilanz dieser Stadt angucken, haben wir bisher jedes Klimaziel gerissen. Wir schaffen es nicht, was wir uns einstimmig in dieser Stadt vorgenommen haben: Klimaneutralität bis 2050. Wir schaffen auch unsere Ziele 2020, 2030 und 2040 nicht. Ich könnte es mir jetzt bequem machen und sagen, dass Berlin oder Brüssel schuld sind. Das ist es nicht. Es ist auch nicht so, dass nur die Grünen im Rat für Klimaschutz wären. Auch andere Kolleginnen und Kollegen sind durchaus dafür zu haben. Es ist nicht das Problem, dass wir es nicht wissen würden. Für mich als Politiker hat mir Fridays for Future die große Chance gegeben und mich darauf hingewiesen, dass das große Problem der Unterschied zwischen Wissen und Handeln ist und dass uns die Zeit wegrennt. Und tatsächlich muss ich in einer gewissen Verzweiflung folgende Frage stellen: Wie schaffen wir es, dass Politik mutiger, entschlossener und vor allem schneller wird? Es reicht nicht, darauf hinzuweisen, dass, wenn es ein paar Jüngere in der Politik geben würde, es funktioniert. Ich habe kein Interesse daran, meinen Enkelkindern eine Welt zu hinterlassen, in der man nicht mehr leben kann. Das Gegenteil ist der Fall. Und das Gleiche gilt für meine Großeltern ganz genauso. Wie schaffen Sie das alle, dass wir erfolgreicher werden? Davon hängen wir alle ab. Ich glaube nicht, dass es am Ende eine parteipolitische oder eine Erkenntnisfrage ist. Sondern es ist eine zentrale politische Frage, wie wir mit Politik umgehen. Ich habe darauf keine Antwort.

Lukas Köhler: Hätte ich die Antwort, wäre ich in ungeahnten Höhen der politischen Sphäre unterwegs. Politik ist ein zähes Geschäft. Politik macht unheimlich viel Spaß. Ich glaube, man kann jede Menge verändern. Als ich vor zwei Jahren im Bundestag angefangen habe, hätte ich nicht gedacht, dass die FDP einmal einen ganzen Parteitag lang über Klimaschutz diskutiert. Und jetzt haben wir einen Riesenbeschluss auf dem letzten Parteitag dazu gefasst. Natürlich kann man etwas

verändern. Das ist doch cool. Das ist mein Anspruch. Ich gehe doch in die Politik, weil ich etwas besser machen und etwas verändern will.

Bei allem Politiker-Bashing glaube ich, dass 90 bis 95% aller Politikerinnen und Politiker einmal in die Politik gegangen sind, weil sie etwas verändern und besser machen wollten. Die Leute haben unterschiedliche Vorstellungen davon, was sie besser machen wollen. Aber dass wir alle etwas besser machen wollen, ist relativ klar. Das Problem ist: Wie schaffen wir es, das wieder hervorzukitzeln? Es bringt nicht viel, ständig zu sagen, dass Politik nichts kann und nichts macht. Das führt nur noch zu mehr Frustration und zu noch mehr Elitendebatten. Das ist die eine Sache.

Die andere Sache ist, dass wir über die Art und Weise nachdenken müssen, wie wir Politik machen. Wir als Bürger müssen honorieren, wenn man eine harte Entscheidung trifft. Es ist doch klar, wenn ich sage, es ist doof, wenn alle in Vierjahresschritten denken. Im Moment bin ich auch noch zu kurz dabei, um in Vierjahresschritten zu denken. Es ist doch klar, dass ein Parteivorsitzender darüber nachdenkt, wie er eine Wahl gewinnt. Wenn dann honoriert wird, dass man nichts sagt, kein Konzept hat und möglichst Wischiwaschi aus allem herauskommt, ist es klar, dass ich aus allem mit Wischiwaschi herauskomme. Wenn aber honoriert wird, dass ich eine klare Meinung habe und dafür einstehe, wird das auf einmal zum Erfolgsschlager. Darin liegen die Aufgaben der Bürgerinnen und Bürger in der Demokratie.

Michael Kopatz: Momentan treffen wir auf zu viel politische Feigheit oder auf zu wenig politischen Mut. Fridays for Future ist eine Ermutigung für diejenigen, die etwas in der Politik für Klimaschutz tun wollen. Dadurch fühlen sich Leute gestärkt. Gewissermaßen haben diese Leute jetzt Oberwasser in der Politik. Deswegen lohnt es sich, auf die Straße zu gehen und weiterhin in verschiedenen Formen dafür zu kämpfen.

Ich merke diesen Unterschied auch in der Kommunalpolitik. Es gibt immer wieder Bürger, die an jede Fraktion einen Brief schreiben. Zu dem, was sie sich wünschen, oder meistens zu dem, was sie ablehnen. Meine Erfahrung ist, dass das ernst genommen wird. Es lohnt sich also auch, Politiker so anzusprechen. Ich möchte ein Beispiel von einem Gespräch mit einer Bundestagsabgeordneten von der CSU erzählen. Da war noch ein anderer Abgeordneter dabei. Beide sagten übereinstimmend: »Wir müssen den Wähler aber auch mitnehmen.« Da habe ich als Beispiel gebracht, dass 80% der Bürgerinnen und Bürger sich bessere Bedingungen in der Tierhaltung wünschen. Der Wähler ist also schon längst da und will bessere Bedingungen in der Tierhaltung. Aber nur 1 bis 2% der Bürger kaufen Biofleisch. Das ist die Schizophrenie, in der wir leben. Das eine wollen wir und das andere tun wir. Das passt nicht übereinander. Aber wenn ich es als politischen Auftrag nehme, dass Menschen bessere Bedingungen in der Tierhaltung wollen, sollten wir es ernst nehmen. Dann könnte Frau Klöckner auf europäischer Ebene

fordern, dass Schweine einen halben Quadratmeter mehr Auslauf bekommen. Ich glaube nicht, dass dann in Berlin 40.000 Menschen auf die Straße gehen und versuchen werden, diese höheren Standards zu bekämpfen. Das wird nicht passieren. Dass sie sich damit nicht auf europäischer Ebene durchsetzt oder es versucht, liegt nicht am Wähler. Es liegt daran, dass sie stärker auf diejenigen hört, die agrarindustrielle Geschäfte machen.

Markus Große Ophoff: Wie stellt ihr euch Politik vor, und wie muss Politik agieren? Wie wünscht ihr euch einen Politiker, der eure Sachen ernst nimmt? Habt ihr solche getroffen?

Karla Oberwestberg: Tatsächlich muss Politik radikal durchgreifen. Viele wünschen sich eine Veränderung, aber auch klarere Richtlinien und Maßnahmen dafür. Ich stelle mir Politik so vor, dass es ganz klare Richtlinien geben muss. Wo es keine Richtlinien gibt, hält sich auch niemand daran. Diese sind auf jeden Fall erforderlich.

Lukas Köhler: Es gibt ja klare Richtlinien. Es ist ja nicht so, dass es keine Richtlinien gibt. Ich bin im Bundestag und beschließe nichts anderes als Richtlinien. Den ganzen Tag lang: Wasserrahmenrichtlinie, Reach-Verordnung, RED II-Verordnung. Das sind tausende einzelne Richtlinien. Ich mache nichts anderes als Richtlinien Diskussionen. Dass die Politik nicht genügend reguliert, würde ich bezweifeln. Wir machen wirklich viel an Regulierungen. Oft auch zu viel.

Aber es ist klar, dass Fridays for Future wichtig ist. Natürlich ist das eine relevante Stimme in Berlin. Natürlich verändert das die Politik. Das ist doch cool. Aber man sieht auf der anderen Seite, dass jede Bewegung eine Gegenbewegung hat. Und wenn Fridays for Hubraum, mit ihren fürchterlichen internen Diskussionen in den Chats, innerhalb kürzester Zeit dreimal so viele Likes auf Facebook wie Fridays for Future in Deutschland in zwei Jahren bekommen hat, ist das eine relevante Stimme. Man kann das nicht verneinen. Man würde die Augen vor der Realität verschließen, wenn man sagte, es gibt diese Stimmen in Deutschland nicht. Und die haben genauso eine Berechtigung, ihre Meinung frei zu sagen, wie jeder andere. Das ist auch ein politischer Teil, über den man nachdenken muss. Das heißt nicht, dass man seine Position verraten soll. Das heißt nicht, dass ich mich hier hinsetze und nicht mehr über das CO₂-Verbot im Rahmen unseres Budgets spreche. Das ist meine klare Meinung. Das ist das, von dem ich überzeugt bin, dass ich es meinen Wählerinnen und Wählern anbieten muss, um gewählt zu werden. Aber wir können nicht glauben, dass wir einfach etwas machen können und diesen Teil der Bevölkerung herausnehmen. Das wird nicht funktionieren. So wird auch Demokratie nicht funktionieren.

Markus Große Ophoff: Kommen wir denn alleine mit dem, was im Deutschen Bundestag passiert, aus? Oder brauchen wir nicht eine viel breitere Diskussion, die in die Gesellschaft getragen wird?

Lukas Köhler: Wir müssen darüber nachdenken, auf welche Art und Weise unser Redeparlament funktioniert. Der Bundestag ist ein Redeparlament. Es gibt das Plenum, um die öffentlichen Debatten zu gucken. Wer von Ihnen hat in den letzten zwei Monaten eine Bundestagsdebatte auf Phoenix gesehen? Erschreckend wenig. Wenn Sie hier schon hinkommen, sind Sie ein politikinteressiertes Publikum. Wenn Sie diese Frage draußen auf der Straße oder am Wahlkampfstand stellen, ist das ein Problem. Es ist ein Problem, wie wir Politik vermitteln. Und es ist ein Problem von einem Informationsdefizit. Natürlich brauchen wir eine neue Diskussion darüber, wie wir Politik vermitteln. Die Demokratie ist die beste Möglichkeit, um mit den unterschiedlichen Interessen umzugehen. Alles andere führt immer nur zur völligen Ablehnung von Menschenwürde und Menschenrechten. Wir sehen das doch auf der Welt. Ich will, dass wir eine starke funktionierende Demokratie haben. Wir haben doch auch heute schon eine starke Zivilgesellschaft. Es ist doch nicht so, dass wir nur im Bundestag Politik machen. Greenpeace, Fridays for Future, Ende Gelände – alle diese Bewegungen lobbyieren in Berlin massiv für den Klimaschutz und haben eine starke Stimme. Das ist ein funktionierender Lobbyismus. Sonst würde sich doch ein Klimapäckchen nicht auf den Weg machen. Auf der anderen Seite haben wir 8.000 Traktoren in Berlin, die für eine funktionierende Agrarpolitik lobbyieren, ihre Stimme erheben und Frau Klöckner unter Druck setzen. Frau Klöckner schafft es nicht einmal, die Agrarlobby zufriedenzustellen – sonst würde die ja nicht auf die Straße gehen. Die Zivilgesellschaft funktioniert, und es ist toll, dass wir in Deutschland streiten können.

Karla Oberwestberg: Da habe ich mich wohl nicht deutlich ausgedrückt. Ich meinte tatsächlich nicht Richtlinien, sondern Verbote. Dinge wie Billigkurzflüge für ein Wochenende müssten verboten werden. Da muss man ganz klare Grenzen setzen. Es ist zwar angenehm, aber Egoismus. Erforderlich sind hier harte Verbote.

Lukas Köhler: Das ist ein anderes Politikverständnis. Aber man kann das fordern.

Publikum: Wie kann es sein, dass wir weiterhin ein Wirtschaftswachstum haben, wenn wir doch wissen, dass wir die planetaren Grenzen überschreiten und zu viele Ressourcen nutzen? Wir haben in den letzten 150 bis 200 Jahren dieses »immer mehr« betrieben. Wir haben gesehen, dass das nicht zukunftsführend ist, weil es den Planeten zerstört. Wie kann man weiterhin an diesem System festhalten?

Herr Köhler hat gesagt, dass es Wettbewerb braucht, weil es ansonsten keine Innovation gäbe. Dem würde ich widersprechen. Wir sind sehr kreative Wesen. Menschen sind sehr fantasievoll – wenn man sie fantasievoll sein lässt. Ich glaube nicht, dass wir dafür eine freie Marktwirtschaft brauchen. Wir brauchen dafür Zeit, müssen einander zuhören, uns zusammenfinden und darüber sprechen, wie wir eine gemeinsame Welt oder unser Leben hier in Deutschland gestalten möchten. Wir sollten uns in kleinen Einheiten, wie zum Beispiel in der Stadt, mit den Menschen, mit denen wir leben, zusammenfinden und darüber sprechen, wie wir das konkret lokal umsetzen können. Dann regional und dann nach oben hin weiter fortpflanzen. Wir nehmen die Stadt mit hinein, die Politikerinnen und Politiker vor Ort, die städtischen Initiativen, und verändern unseren Lebensstil vor Ort. Wir geben das weiter an andere Städte, an die höheren politischen Ebenen – von unten nach oben.

Aber ich bin auch der Meinung der Fridays for Future, dass wir effektive politische Klimaschutzmaßnahmen brauchen. Und da gibt es ganz viele wissenschaftliche Beiträge, die sehr genau erklären, welche Maßnahmen sinnvoll sind, die man dann in ein Klimapaket packen kann.

Publikum: Die Wissenschaft weiß seit mehr als 20 Jahren schon, was passiert. Ist die Politik eigentlich resistent gegen solche Erkenntnisse? Man weiß, was kommt, aber die Politik tut nichts und schläft.

Publikum: Herr Köhler, eine polemische Frage an Sie: Wenn man überlegt, warum Sie, die FDP oder viele andere gegen Verbote sind, sagen alle, es betreffe unsere Freiheit. Was ist das für ein Freiheitsbegriff, der mir erlaubt, mit dem SUV durch die Straßen zu fahren, die Lungen der Menschen mit Feinstaub zu füllen und zu vergiften und die Umwelt zu zerstören?

Publikum: Herr Köhler, sind Sie aus München mit dem Zug, mit dem Auto gefahren oder dem Flugzeug gekommen?

Wir leben alle in einer »Blase«, es gibt Politikverdrossenheit und Unmut der jüngeren Generation, in die Politik zu gehen. Wie kann man erklären, warum Dinge wie das Klimapaket nicht funktionieren? Alle denken, dass es sinnvoll ist, neue Auflagen und Verbote zu haben. Wir wollen vielleicht nicht mehr für 13 Euro nach Italien fliegen, aber für 130 Euro mit dem Zug fahren. Wir wollen, dass das reguliert wird. Dann gibt es Bemühungen und am Ende funktioniert es doch nicht. Das führt zu Frustrationen. Aber keiner erklärt einem, wer schuld daran ist. Vielleicht brauchen wir mehr Aufklärungsarbeit bei nicht funktionierenden Dingen.

Publikum: Seit zwei Stunden sprechen Sie darüber, wie man die energiepolitische Wende hinbekommen kann. Wie kann man es umändern, dass es keine fossilen Energieträger mehr gibt? Es ist so, dass Deutschland von der Fläche her und den Gegebenheiten gar nicht in der Lage ist, diese Primärenergie für Mobilität, Heizung und dergleichen zu stellen, ohne große Teile des Landes mit Windrädern, Photovoltaik und Energiepflanzen zu bekacheln. Diese Rechnung gibt es. Wie wollen Sie es schaffen, wenn Sie von totaler Klimaneutralität sprechen, Deutschland nicht komplett zu bekacheln?

Michael Kopatz: Eines ist mir zum Thema Freiheitsrechte und Autonutzung aufgefallen: Tatsächlich kann ich ein Auto nicht benutzen, ohne die Freiheitsrechte anderer einzuschränken. Es ist ein großer Irrglaube, dass ich ein verfassungsmäßiges Recht darauf habe, mit dem Auto beliebig schnell zu fahren. Allein die Lärmbelästigung, die ich durch das Fahren mit einem Auto verursache, ist ein Eingriff in die Freiheitsrechte von anderen. In Osnabrück verunglücken jedes Jahr ein bis zwei RadfahrerInnen tödlich. Was ist mit deren verfassungsmäßigem Recht auf körperliche Unversehrtheit? Was ist mit dem verfassungsmäßigen Recht auf körperliche Unversehrtheit von den ganzen Menschen, die im Straßenverkehr verletzt werden? Hinzu kommen noch die Schadstoffe. Die Ausübung meiner Freiheit, mein Auto zu benutzen und auch noch zu rasen, schränkt die Freiheitsrechte anderer ein. Das wiederum ist eine interessante Frage von liberaler Politik. So gesehen ist Tempo 30 ein wahrlich liberaler Ansatz. Übrigens auch ein Änderungsvorschlag von mir im Konzept der Ökoroutine. Man muss in der Straßenverkehrsordnung nur die Zahl 50 gegen 30 ändern, sodass die Regelgeschwindigkeit innerorts 30 km/h wäre. Warum ist das liberal? Weil dann die Städte selber entscheiden könnten, wo 30 und wo 50 km/h oder schneller gefahren werden könnte. Das wünsche ich mir von der Bundesregierung. Dass sie den Städten überlässt, wo das der Fall ist. Tempo 30 bedeutet halbiertes Bremsweg. Wenn wir jetzt Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit in Osnabrück hätten, würde es sich so anfühlen, als hätte sich der Verkehr halbiert. Das ist eine Maßnahme, die nichts kostet. Aber alle sagen, dass das nicht geht. In anderen Städten geht es und hat einen Rieseneffekt. Es erhöht die Sicherheit dramatisch.

Ich möchte noch etwas zu Karla Oberwestberg sagen. Sie hat gesagt, man tut jetzt so, als wenn man diese Klimaziele erreichen könnte, es niemandem wehtun würde und niemand verzichten müsste. Und es braucht keine starken Regeln und Verbote. Die berechtigte Frage ist: Wird das tatsächlich möglich sein? Wird das so bequem sein, wie uns das gerade in der Politik verkauft wird? Ein paar mehr Elektroautos, als Anreiz Steuergelder, damit die Leute ihr Haus sanieren, und 3 Cent mehr auf den Liter Benzin. Das ist ein »Wir haben uns alle lieb-Paket«, das niemandem wehtut. Tatsächlich bin ich der Überzeugung, dass es so einfach nicht

sein wird. In der Öffentlichkeit und auch politisch drücken wir uns davor, die unbequemen Wahrheiten auszusprechen. Ein Beispiel für eine unbequeme Wahrheit ist, keine neuen Straßen zu bauen. Das ist eine unbequeme Wahrheit, die verkehrswissenschaftlich unumstritten ist. Ein anderer einfacher Vorschlag von mir ist, und wo wir uns nicht ernst nehmen, den Flugverkehr nicht weiter wachsen zu lassen. Es geht hier nicht um Verbote. Ich wünsche mir von der Bundesregierung nur Unterlassung. Fridays for Future sollten diese einfachen Sachen einfordern. Nämlich nichts zu tun. Keine weiteren Straßen und Startbahnen zu bauen und Provinzflughäfen kommunalpolitisch nicht weiter zu subventionieren. Dass zum Beispiel München keine weitere Startbahn baut, Frankfurt keinen weiteren Terminal und dass die Flugsicherungsbehörde keine weiteren Slots für Starts und Landungen mehr vergibt. Wenn das alles nicht geschehe, könnte der Flugverkehr nicht weiter wachsen. Wir reden jetzt nicht von Verzicht. Wir reden davon, dass wir einen Deckel darauflegen. Legen wir aber einen Deckel drauf, kracht es sofort mit dem Flughafenbetreiber von München. Die wollen nämlich Wachstum. Das ist genau der Punkt, wo wir anfangen müssen, uns selbst ernst zu nehmen.

Lukas Köhler: Eine grundsätzliche Antwort: Mir geht es um Klimapolitik. Ich will verhindern, dass wir eine Erderwärmung über 1,5 °C haben. Ich will nicht, dass wir die kommenden Generationen über die Maßen belasten. Das ist mein Ziel. Mir ist es egal, ob die Leute fliegen, einen SUV oder Rad fahren oder E-Mobilität machen. Ich treffe meine Entscheidung selber – solange das eben aus einem ökologischen Rahmen funktioniert. Das ist der wichtige Ansatz. Ich will, dass wir das Budget, das wir noch wissenschaftlich zur Verfügung haben, einhalten. Aber ob die Leute das mit synthetischen Kraftstoffen im Flieger nutzen und trotzdem jedes Wochenende nach Malle fliegen, ist mir völlig egal. Wenn wir für synthetische Kraftstoffe und die Finanzierung von Forschung und Entwicklung dafür sorgen. Irgendjemand muss das Geld erwirtschaften, das wir für das Ganze brauchen. Jemand hat einmal sehr schön gesagt: »Wir wollen keinen Verzicht, wir wollen Veränderung«. Veränderung kostet Geld. Irgendjemand muss dieses Geld erwirtschaften. Und wenn das über synthetische Kraftstoffe im Flugverkehr gemacht wird, weil die Leute damit nach Malle fliegen wollen – go for it! Es ist mir völlig egal. Hauptsache, wir schaffen die Reduktion von CO₂-Ausstoß.

Ich bin der Meinung, dass das Leben Spaß machen sollte. Ich bin der Meinung, dass jeder seine Chancen ergreifen sollte. Ich bin der Meinung, dass jeder für sich möglichst viel bestimmen können soll. Und natürlich – jede Freiheitsnutzung, egal ob ich mit dem Fahrrad oder mit dem Auto fahre, schränkt immer die Freiheit anderer ein. Es gibt keine Handlung, bei der ich das nicht tue. Wir sind soziale Wesen, agieren miteinander und schränken uns immer gegenseitig ein. Die Frage ist, wie viel Freiheitsnutzung wollen wir zulassen? Wie viele Schadstoffe wollen

wir zulassen? Wollen wir sagen, wir pauschalisieren die Reduktion von Schadstoffen? Dann habe ich zwei Bevölkerungsgruppen, die ich treffe. Die Leute, die SUV fahren und sich im Zweifel einen Tesla kaufen. Die zweite Gruppe, die viel Schadstoffe ausstößt, sind die Ärmsten in der Bevölkerung, weil die sich nur alle zehn Jahre ein neues Auto kaufen können und es die größte Investition in ihrem Leben ist. Klimapolitik ist wichtig. Aber die soziale Frage auch. Wir können doch nicht Armut so einfach akzeptieren. Wir müssen dafür sorgen, dass die Schadstoffe reduziert werden und die Leute eine Alternative dazu haben.

Es stimmt, dass die Politik vor 20 Jahren das schon wusste. Die Politik vor 30 Jahren wusste das auch schon. Die Politik vor 20 Jahren hat aber auch schon eine Ökosteuer eingeführt. Und vor 15 Jahren einen Emissionshandel. Dieses Politiker-Bashing, das sagt, ihr wusstet das doch schon vor 20 Jahren und habt nichts gemacht, geht mir richtig gegen den Strich! Das ist Quatsch. Ich bin nicht dafür verantwortlich, was vor 20 Jahren gemacht worden ist. Aber ich finde es Quatsch zu sagen, dass damals nichts passiert ist. Die Diskussion darüber, wie wir Schwefel aus den Kohlekraftwerken kriegen, hat dazu geführt, dass wir keinen sauren Regen mehr haben. Weil wir in jedes Kohlekraftwerk Riesenfilter eingebaut haben, um den Schwefel herauszuziehen. Natürlich passiert in der Umweltpolitik etwas und funktioniert. Es klappt nicht immer alles so schnell, gut und perfekt, wie manche es gerne hätten. Und natürlich ist das Klimapäckchen völlig absurd. 3 Cent Preiserhöhung für Verkehr einzuführen wird nichts bringen. Die ganzen Einzelmaßnahmen werden auch erst einmal nicht viel bringen. Weil das Konzept dahinter falsch ist. Aber es ist ein Schritt dahin, überhaupt über ein Konzept nachzudenken.

Die Diskussion muss sein, wie wir es schaffen, die Ziele für 2030 einzuhalten. Und wie schaffen wir es, das sinnvoll umzusetzen? Ich habe Ihnen heute Abend dafür einen Vorschlag gemacht. Wir müssen dazu kommen, dass der Mut in der Politik hochgeht. Bei dieser Kritik an der Politik bin ich dabei. Das ist im Moment viel zu wenig.

Zur »Blase«: Was können Sie tun? Das ist eine 100-Millionen-Frage. Sie können vernünftig mit Leuten außerhalb Ihrer Blase reden. Laden Sie sich doch einfach einmal einen AfD-Politiker nach Hause ein. Organisieren Sie einen Abend in kleiner Runde, aus der nichts nach außen dringt, und sagen Sie ihm: »Wir diskutieren jetzt einmal über Ihre Meinung.« Das würde dazu führen, dass Sie Ihre Blase verlassen. Oder wenn Sie über Windkraft diskutieren wollen und nicht gleich zur AfD gehen möchten, gehen Sie zu Vernunftkraft.

Zur Primärenergie: Ich bin nicht der Meinung, dass Deutschland energieautark werden muss. Wir sind in der Europäischen Energieunion, und Europa ist Teil einer Riesenlösung. Beispiel ARAMCO: Der größte Ölkonzern der Welt und einer der reichsten Unternehmen der Welt ist vor drei, vier Wochen an die Börse gegangen und hat richtig viel Kohle eingenommen. Was machen die mit dem

Geld? Die stecken das gesamte Geld in die Erforschung von synthetischen Kraftstoffen. Selbst Saudi-Arabien hat gecheckt, dass deren Zukunft nicht mehr fossil ist. Die stecken jetzt über eine Billiarde in die Entwicklung und Erforschung von Infrastruktur für den Ausbau von Solarthermie-Anlagen und die Produktion von synthetischen Kraftstoffen. Das ist doch eine hervorragende Nachricht. ARAMCO macht das nicht, weil die sagen, sie wollen die Welt retten. Sie machen das, weil sie sagen, dass sie an der Zukunft partizipieren wollen. Wenn die schon auf synthetische Kraftstoffe gehen, habe ich viel Hoffnung für die Welt.



Michael Kopatz, Lukas Köhler, Nele Falkenreck, Karla Oberwestberg, Markus Große Ophoff

Nele Falkenreck: Ich habe am Anfang gedacht, wie soll ich denn auf so viel Plastik verzichten? Ich habe so viel Plastik in meinem Alltag, und das begegnet mir überall. Aber durch unsere Aktionen habe ich gemerkt, dass es so schwierig gar nicht ist. Es gibt jetzt schon Alternativen. Es gibt viele. Wenn man einmal darauf achtet, ist es gar nicht so schwierig, zu gucken, ob es ohne Plastik geht. Das geht. Wir brauchen aber deutlich mehr Alternativen, die viel populärer und oft billiger werden müssen. Manche Menschen können sich solche Alternativen nicht leisten. Für die gibt es die dann auch nicht. Die Gesellschaft muss umdenken und sagen, dass sie sich darauf einlässt. Ich muss mich auch darauf einlassen. Ich muss gucken, ob ich statt mit dem Auto nicht Bus fahren kann. Das geht ja. Die Politik muss die Richtlinien machen und sagen, dass es so sein muss. Die Gesellschaft muss aber genauso sagen, dass sie es auch machen wird.

Karla Oberwestberg: Ich möchte noch einmal auf den Begriff der Freiheit eingehen. Das mag kindlich und naiv klingen. Aber für mich ist es tatsächlich unbegreiflich und unverständlich, wenn wir uns nicht in unserer Freiheit einschränken können. Es ist wirklich purer Egoismus, wenn wir uns nicht einschränken. Wenn wir uns in Zukunft nicht einschränken, werden wir es niemals schaffen, uns auf 1,5 °C zu begrenzen. Die 1,5 °C sind ein absoluter Kompromiss. Auch da gibt es fatale Folgen, die wir einstecken und so hinnehmen. Tatsächlich müssen wir uns in unserer Freiheit einschränken, wenn wir nicht komplett eingeschränkt in unserer Zukunft sein wollen. Was wird es für Folgen haben, wenn wir uns nicht einschränken und die 1,5 °C nicht schaffen? Das ist wirklich noch unerdenklich, was da alles für Folgen auf uns zukommen werden. Deswegen müssen wir uns meiner Meinung nach unbedingt in unserer persönlichen Freiheit einschränken.

Markus Große Ophoff: Jetzt könnten wir noch eine Diskussion zur Philosophie von Kant anschließen. Ich glaube, dass es gerade eine der Herausforderungen ist, dass der kategorische Imperativ von Kant zeitlich nicht nur auf derselben Ebene gilt, sondern jetzt projiziert wird. Freiheit darf immer nur so weit gehen, wie ich die Rechte anderer nicht einschränke. Im Moment ist es so, dass wir in unserer Generation Rechte von zukünftigen Generationen einschränken können.

Ich halte es für wahnsinnig wichtig, dass man bei solchen Themen ins Gespräch kommt, sich austauscht und darüber redet. Es ist super, wenn man sich einbringt und politisch aktiv wird. Ob das in Parteien, Verbänden oder anderem ist. Wir brauchen Wertschätzung für die Leute, die dieses machen. Nur darauf zeigen und sagen, dass alles falsch gemacht wird – dann würde ich sagen, aufstehen, selber hingehen und besser machen. Dann kommen wir zum Erfolg.